

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 1/2023



**Petition zur Erhaltung des Pitesti Gefängnisareals
als Gedenkstätte des Kommunismus**

Informationsveranstaltung zur Gedenkstätte Hoheneck

DDR-Kindergefängnis Bad Freienwalde

Inhalt

Aktuell

- 3 Gedenken an die Betroffenen der sowjetischen Militärjustiz und der Stasi am ehemaligen Stasigelände in Berlin
Neujahrsempfang beim Bundespräsidenten
- 4 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
Drei Millionen für die Aufarbeitung
- 5 Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
30 Jahre SED-Unrechtsbereinigungsgesetz –
Die Bundesstiftung Aufarbeitung zieht Bilanz

Recht

- 6 Härtefallregelungen – instinktos und unsozial –
Aussiedler und Spätaussiedler weiter benachteiligt
- 7 Erleichterung und Linderung für behinderte Menschen
als Minderjährige in DDR-Einrichtungen
- 8 Härtefallfonds für politisch Verfolgte im Land Brandenburg
Härtefallfonds unterstützt SED-Opfer im Land Berlin

Aufarbeitung

- 9 Neubrandenburg – Möglichkeiten und Formen
des Gedenkens und der Erinnerung
- 10 Politiker aus Bund und Land besuchten die Stasi-Zentrale –
Campus für Demokratie
20-jähriges Jubiläum der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“
- 11 Fachgespräch „Aufarbeitung der Zwangsarbeit
politischer Häftlinge in der DDR“
- 12 DDR-Kindergefängnis Bad Freienwalde

International

- 13 Petition zur Erhalt des Pitesti Gefängnisareals
als Gedenkstätte des Kommunismus

Berichte

- 13 Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur
beim „Runden Tisch“ mit den SED-Opferverbänden
- 14 UOKG-Verbandetreffen 05.-06. November 2022
- 15 Informationsveranstaltung zur Gedenkstätte Hoheneck
- 17 „DEMOCRACY MATTERS“

Verbände

- 19 Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer
der kommunistischen Diktatur in Deutschland
Mitmach-Ausstellung zum 70. Jahrestag
des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 geplant
- 20 Klausurtagung der UOKG im Menschenrechtszentrum Cottbus
Nachruf auf Anita Wille
- 21 Nachruf auf Eberhard Hoffmann
Nachruf auf Jakob Bittermann

Service/Bücher

- 22 Getrübe Erinnerungen
Was aus dem Dunklen leuchtet
- 23 Suchpool-Zwangsadoption geht in den Ruhestand

Umschlagbild

Besuch von Annalena Baerbock und der Aufarbeitungsbeauftragten Evelyn Zupke am ehemaligen DDR-Kindergefängnis Bad Freienwalde. Foto: v.l. Roland Herrmann, Maria Nooke, Annalena Baerbock, HeideSchinowsky,

Foto: @ Ideengrün

Editorial

Was lange währt wird gut?

Für die Opfer nicht immer, aber im Fall des „Mahnmal für die Opfer des Kommunismus“ in der Bundeshauptstadt Berlin ist diese Volksweisheit wohl zutreffend. Vor über 12 Jahren fanden sich Interessierte gemeinsam mit der UOKG mit dem Ziel zusammen, auch im ehemals geteilten Deutschland ein Mahnmal zu errichten. Ein studentischer Wettbewerb initiiert durch die UOKG ergab eine Vielzahl von Ideen, wie ein solches Denkmal gestaltet werden könnte. In der Folge benötigte der Deutsche Bundestag zwei Wahlperioden, um Entschließungen bzw. Willensbekundungen zur Errichtung eines Mahnmals zu verfassen. Gemeinsam mit Stephan Hilsberg ging ich ans Werk, Politiker und Politikerinnen davon zu überzeugen unser Anliegen zu unterstützen. Viele mussten wir nerven, aber in der vorletzten Wahlperiode war es soweit. Der Deutsche Bundestag hat die notwendigen Mittel bereitgestellt, um das Projekt nun auch inhaltlich vorzubereiten. Die Bundesstiftung für die Aufarbeitung des SED-Unrechts und die UOKG wurden mit dieser Aufgabe beauftragt. Ein kompetenter wissenschaftlicher Beirat unter Leitung von Lieberknecht wurde einberufen und es konnte losgehen. Noch in der letzten Wahlperiode konnte der Beirat die Grundkonzeption an Staatsministerin Prof. Grütters übergeben. Nun weiß jeder, dass über nichts so viel gestritten wird, wie über Gedenktafeln und Denkmale. Im konkreten Fall ist es aber gelungen, die inhaltlichen Diskurse nicht zum politischen Streit werden zu lassen. Einig sind wir, dass das Mahnmal die Ereignisse und Schicksale ab 1945 der Opfer in Deutschland abbilden soll. Im Übrigen, als letztes Land der ehemaligen Ostblockländer wird dies nun Realität. Die Initiatoren, der Beirat und der Bundestag wollen



Foto: Dombrowski

den Opfern des Kommunismus einen Ort geben, an dem Ihrer gedacht werden kann und an dem sie Anderen gedenken können. Nicht jedes Unrecht kann durch staatliche Hilfen beseitigt oder gemildert werden. Der Verlust und die Verletzung der Würde bleiben lebenslang. Dass die Gesellschaft sich durch einen solchen Gedenk- und Bildungsort solidarisiert ist ein wichtiges Zeichen an die Opfer, aber auch an die Nachkommen sich mit unserer Geschichte vertraut zu machen. Nun haben Bund, Land Berlin und der Bezirk Mitte zusammen mit dem Beirat einen Standort im Spreebogen-Park gefunden. Wir hoffen, dass die verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für den Standort bis zum 17.Juni 2023 verbindlich gemacht werden können.

Die Geduld und die Mühen haben sich gelohnt. Vielen Dank an alle, die mitgeholfen und nicht aufgegeben haben!

Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender der UOKG

Allen Lesern ein gesundes neues Jahr 2023! Danke für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht werden. Dafür bitten wir um Verständnis.

Die Redaktion

Gedenken an die Betroffenen der sowjetischen Militärjustiz und der Stasi am ehemaligen Stasigelände in Berlin

In den kommenden Tagen des Jahres 2023 wird der Denkort zur Erinnerung an die Betroffenen der sowjetischen Militärjustiz und der Stasi-ermittelten politischen Justiz fertig gestellt. Am Roedeliusplatz, wo seit 1950 das Ministerium für Staatssicherheit seinen Hauptsitz hatte und sich schon 1945 in den letzten Kriegstagen sowjetische Verfolgungsorgane etabliert hatten, wird auf Initiative des Vereins Bürgerkomitee 15. Januar e.V. die Skulptur „EINSCHLÜSSE“ errichtet.

„Damit wird endlich ein Vorschlag des Aufarbeitungsvereines Bürgerkomitee 15. Januar e.V. umgesetzt, den wir vor Jahren in die Diskussion gebracht hatten, um daran zu erinnern, wohin es führt, wenn Menschenrechte und der Rechtsstaat mit Füßen getreten werden“, so der Vereinsvorstand. „Es war uns auch wichtig, dass nicht nur auf dem Stasi-Gelände, am Ort der Repressionsbürokratie, Aufarbeitung betrieben wird, sondern dort, wo Menschen zu unrecht gelitten haben und wo ihre Menschenwürde verletzt wurde.“

Um den Vorschlag, der vom Verein Bürgerkomitee 15. Januar e.V. im Jahr 2017 gemacht wurde, gab und gibt es zum Teil bis heute noch kontroverse Diskussionen. Die Idee wurde jedoch schließlich vom Bezirksamt Lichtenberg aufgegriffen. Mit sog. PMO-Mitteln (d.h. rückgeführte, von der SED veruntreuten Finanzmitteln) wurden Gutachten, die das Bürgerkomitee erstellte, und ein Runder Tisch finanziert, der sich nach mehreren Monaten Diskussion auf einen Kompromiss einigte. Danach fand ein künstlerischer Wettbewerb statt, eine Jury wählte den jetzigen Vorschlag von Roland Fuhrmann aus. Er stellt vier Zellentüren dar, in die ca. 50 Biographien von Repressionsopfern eingelassen sind. Diese sollen nach dem Willen des Runden Tisches die sehr unterschiedlichen Formen der rechtsstaatswidrigen Repression von 1945- 1989 repräsentieren und zur Auseinandersetzung anregen.

„Von denen, die nach 1945 verurteilt wurden, waren sicher manche nicht unschuldig, weil in NS-Verbrechen verstrickt. Aber die Methoden zur Zeit des Stalinismus waren von vornherein roh und – wie auch später unter der Regie des MfS – diente die Haftanstalt in der Alfred/Mag-

dalenenstraße zunehmend der strafrechtlichen Verfolgung von Kritikern des nach dem Krieg etablierten undemokratischen Systems.“ so Dr. Christian Booß vom Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar e.V., „ Bedauerlicher Weise war der Künstler in der Schlussphase nicht mehr bereit, uns, wie verabredet, die Auswahl an Repressionsbiographien offen zu legen, die in der Skulptur dargestellt werden sollen, so dass im Moment nicht klar ist, ob die Ursprungsentention, die Vielfalt der Repression von 1945-89 dort zu repräsentieren, wirklich getroffen wurde.

Neben dem Gefängnis befand sich auch der erste Sitz der Stadtkommandantur in der Schottstraße 6, in deren Keller sich Haftzellen befunden hatten. In der Haftanstalt Magdalenen/Alfredstraße tagten ab 1945 sowjetische Militärtribunale. Allein hier wurden ca. 200 Menschen zum

Tode verurteilt. Dass dortige Gericht war ab 1950 auch für die anderen SMT-Todesurteile in der ganzen DDR zuständig, wie auch die die im Zusammenhang mit dem Volksaufstand vom 17. Juni ausgesprochen wurden. In Stasi-Regie diente die Haftanstalt als zweite Untersuchungsanstalt des Ministeriums. Während der Haftkomplex in Hohenschönhausen abgeschottet war, wurde in dieser Haftanstalt Anwaltsgespräche, Besuche von diplomatischen Vertretungen und Verwandten abgewickelt. Sie diente auch als erster „Zuführungspunkt“ bei Massenverhaftungen im Herbst 1989.

Zu Repressionsorganen am Roedelius Platz und der Diskussionen zu Gedenkort. <http://horch-guck.de/5/genkort-am-stasi-gelaende-nimmt-gestalt-an>

Dr. Christian Booß

Neujahrsempfang beim Bundespräsidenten



Foto: @Bildschön Berlin GmbH

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat am 10. Januar 2023 zum Neujahrsempfang ins Schloss Bellevue eingeladen. Gemeinsam mit Elke Bündenbender begrüßte er rund 70 Bürgerinnen und Bürger aus allen Bundesländern, die sich um das Gemeinwohl besonders verdient gemacht haben. Auch der Bundesvorsitzende der UOKG Dieter Dombrowski war eingeladen, neben anderen Repräsentanten des öffentlichen Lebens aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kultur und Zivilgesellschaft.

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock

Bürgerberatung

Mi, 01. Februar 2023, 13.00 – 17.00 Uhr
 Mi, 01. März 2023, 13.00 – 17.00 Uhr
 Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?
 Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)
 Grüner Weg 5, 18055 Rostock
 (Angebot in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Öffentliche Führung

Di, 07. März 2023, 15.00 Uhr
 Einer Diktatur auf der Spur. Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv.
 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv

Rostock, Straße der Demokratie 2,
 18196 Waldeck-Dummerstorf

In Planung: März 2023

Bürgerberatung

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?
 (Vortrag und Gespräch, genaue Adresse und Tag noch nicht bekannt)

Ostseeeflüchtlinge im Stasi-Visier

Grenzregime und Fluchtbewegung an der DDR-Ostseeküste
 Referent: Dr. Volker Höffer
 (Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)
 OSTSEEBAD ZINGST

Die Veranstaltungen finden gemäß den aktuell geltenden Auflagen zum Infektionsschutz statt.

Änderungen vorbehalten!

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock
 Straße der Demokratie 2
 18196 Waldeck/Dummerstorf
 Tel.: 038208 826 1323
 Fax: 038208 826 1219

E-Mail: Beate.Karow@bundesarchiv.de
 Internet: www.bundesarchiv.de
www.stasi-unterlagen-archiv.de



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig

Archivführung

Mittwoch, 25. Januar 2023, 11 Uhr
Titel: Einer Diktatur auf der Spur.
 Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv

Dauerausstellung

Titel: Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. Stasi. Die Geheimpolizei der DDR.
Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 8–18 Uhr;
 Sa./So. und feiertags 10–18 Uhr

Wechsausstellungen

Titel: Die Stasi. Modulare Ausstellung

zur Tätigkeit der DDR-Staatssicherheit in den Regionen

Dauer: 09. Januar bis 30. April 2023

Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 8–18 Uhr;
 Sa./So. und feiertags 10–18 Uhr

Titel: Leseland DDR. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Stefan Wolle

Dauer: 09. Januar bis 30. April 2023

Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 8–18 Uhr;
 Sa./So. und feiertags 10–18 Uhr

Ort: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

Es gelten die aktuellen Maßnahmen zum Corona-Infektionsschutz. Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei.

Telefon: 0341 – 2247-3211

Fax: 0341 – 2247-3219

Internet: www.bundesarchiv.de
www.stasi-unterlagen-archiv.de



Drei Millionen für die Aufarbeitung

Bundesstiftung fördert 2023 über 120 Projekte zur DDR-Geschichte

Die 1998 gegründete Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fördert 2023 über vierzig Projekte zu Protest und Aufständen gegen autoritäre Herrschaft und Diktatur. Dafür stellt die Stiftung im 25. Jahr ihres Bestehens knapp die Hälfte ihrer Fördermittel in Höhe von rund drei Millionen Euro zur Verfügung. Anlass ist der 70. Jahrestag des DDR-Volksaufstandes vom 17. Juni 1953.

Insgesamt unterstützt die Stiftung 2023 bundesweit 121 Vorhaben. Dazu zählen Projekte zur Digitalisierung von Quellen,

Bildungsangebote, Dokumentarfilme, Multimediaangebote, Publikationen sowie zahlreiche Veranstaltungen. Gefördert werden etwa ein großes Interviewprojekt mit den Abgeordneten der letzten DDR-Volkskammer sowie fünf Vorhaben, die sich mit migrantischen Perspektiven auf die Zeitgeschichte beschäftigen oder die Beteiligung von Menschen mit Behinderung verbessern.

Die größte Fördereinrichtung des Bundes für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur hat seit ihrer Gründung

1998 rund 3.800 Projekte mit 59 Millionen Euro unterstützt.

Eine Übersicht über die Projektförderung der Bundesstiftung im Jahr 2023 finden Sie unter: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/sites/default/files/uploads/files/2022-12/bundesstiftung_aufarbeitung_projektfoerderung_2023.pdf

Weitere Informationen erhalten Sie von:
 Tilman Günther, Fon: (030) 31 98 95 225;
 E-Mail: t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de



Veranstaltungen Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

**Dienstag, 07. Februar 2023,
18:00 Uhr**

Dr. Anna Kaminsky, die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur stellt multimedial ihre Dokumentation vor: Die Berliner Mauer in der Welt – Symbole der Freiheit, der menschlichen Willensstärke, Relikte des Kalten Krieges.

Ungezählte Teile der Berliner Mauer wurden nach ihrem Fall im November 1989 in die Welt hinausgetragen – und mit ihnen der Freiheitswille der Bürger. Mehr als 240 dieser tonnenschweren Mauersegmente, die an mehr als 140 Orten auf allen Kontinenten stehen, wurden für diesen Band ausfindig gemacht. Unter ihren neuen Besitzern befinden sich japanische Geschäftsleute, prominente Kunstsammler sowie alle US-Präsidenten der letzten einhundert Jahre – und sogar der Papst. Erzählt werden spannende, kuriose, aber auch tragische Geschichten, die die facettenreiche Erinnerung an die Mauer und den Kalten Krieg eindrucksvoll widerspiegeln.

**Dienstag, 21. Februar 2023,
18:00 Uhr**

Dr. Karin König, die Autorin und Erziehungswissenschaftlerin stellt ihr dramatisches Tatsachen-Buch vor: Papierne Küsse: Eine tragische Ost-West-Beziehung Liebe im Schatten der Mauer 1962–1965.

Als Ingeborg König im Mai 1965 ihre Flucht aus der DDR nach Westberlin zu-

sammen mit ihrem Verlobten Traugott König feierte, hatte sie nur noch kurze Zeit zu leben. Sie, im fünften Monat schwanger, starb an den Folgen einer offensichtlich missglückten Abtreibung. Ingeborg König (geb. 1943) hatte ab 1961 in Jena Germanistik studiert und sich als 18-Jährige in ihren in Westberlin lebenden Cousin verliebt. Was folgte, waren ab Januar 1962 ein intensiver Briefwechsel und gelegentliche Treffen in Ostberlin oder Leipzig. Es war dies eine Liebe im geteilten Deutschland, eine Liebe im Schatten der Mauer.

**Dienstag, 07. März 2023,
18:00 Uhr**

Dr. Ales Novotny, hält multimedial seinen kritischen Vortrag zum perpetuierten Phänomen:

Karl Marx – Vor 140 Jahren verblichen und immer noch lebendig !

Der 1818 in Trier geborene und 1883 in London verstorbene Karl Marx war im Bewußtsein der Welt nie weg. Die Verkaufszahlen seines Hauptwerks „Das Kapital“ sind nach wie vor hoch, und in Trier auf dem Simeonstiftplatz wurde 2018 sogar ein riesiges Bronze-Denkmal als Geschenk der KP China enthüllt. Marx bleibt neben Che Guevara vor allem unter jungen Leuten Kult. Doch war er nicht mit seinem Freund Engels der Ideengeber und Wegbereiter des nach ihm benannten Marxismus und damit vieler grausamer Diktaturen im Namen des Fortschritts? Die Apologeten seiner

Lehre behaupten, die Politik Lenins, Stalins, Maos, Pol Pots und vieler anderer kommunistischer Diktatoren hätten mit Marx gar nichts zu tun. Doch ist das die belegbare Wahrheit?

**Dienstag, 21. März 2023,
18:00 Uhr**

Dr. Cora Stephan, die Politikwissenschaftlerin, Publizistin und Schriftstellerin stellt den zweiten Band doppel-deutscher Geschichte vor: MARGOS TÖCHTER

Cora Stephan erzählt die Geschichte zweier außergewöhnlicher Frauen und eines geteilten Landes über vier Jahrzehnte. Ein großer Roman über die Suche nach dem Glück in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche und die Frage, was man opfern muss, um es zu finden. Leonore Seliger wächst in den 1960er-Jahren in der norddeutschen Provinz auf. Sie ist eine Außenseiterin, unangepasst, rebellisch. Trost findet sie bei Clara, einer Brieffreundin aus der DDR, die sie in einem Pionercamp der DDR getroffen hat. Die beiden, die unterschiedlicher nicht sein könnten, verbindet ein Geheimnis. Jahrzehnte später kommt eine junge Frau diesem Geheimnis auf die Spur und begibt sich auf eine aufwühlende Reise in die Vergangenheit.

Nikolaikirchplatz 5–7
10178 Berlin - Mitte
(Nikolaiviertel)
Tel.: 030 – 283 43 27
www.Gedenkbibliothek.de



30 Jahre SED-Unrechtsbereinigungsgesetz – Die Bundesstiftung Aufarbeitung zieht Bilanz

Am 04. November 1992 trat das erste SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in Kraft. Die Bundesstiftung Aufarbeitung nahm das 30-jährige Jubiläum zum Anlass und richtete am 28.11.2022 eine Veranstaltung aus, um Bilanz zu ziehen. Den Grußworten der Direktorin der Stiftung Frau Dr. Kaminski und der Bundestagsabgeordneten Katrin Budde, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien, folgte ein Podiumsgespräch. Evelyn Zupke, Dieter Dombrowski und Hansgeorg Bräutigam –

Richter am Landgericht a.D. und Verfasser des Buches „Die Aufarbeitung des SED-Unrechts“ – stellten sich den Fragen Sven Kellerhoffs. Hansgeorg Bräutigam gab interessante Einblicke zum strafrechtlichen Umgang mit den Tätern. Der Vorsitzende der UOKG Dieter Dombrowski und die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag Evelyn Zupke kritisierten den z.T. opferfeindlichen Umgang durch Behörden und Gerichte. Bei aller Kritik wurde dennoch

eine positive Bilanz gezogen. Die gelungene Veranstaltung wurde aufgezeichnet und kann hier angesehen werden: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/mediathek/30-jahre-sed-unrechtsbereinigungsgesetze-eine-bilanz> Auf dieser Seite findet man zudem den höchst informativen Vortrag Philipp Mützels in schriftlicher Form. Der auf das SED-Unrechtsgesetz spezialisierte Jurist konnte krankheitsbedingt leider nicht anwesend sein.



Härtefallregelungen – instinktlos und unsozial – Aussiedler und Spätaussiedler weiter benachteiligt

Als „instinktlos und unsozial“ hat der Bayerische Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Christian Knauer, die von der Bundesregierung im November beschlossene „Abmilderung von Härtefällen im Rentenrecht“ bezeichnet. Anstatt die mehrmaligen Kürzungen bei den Berechnungen der Altersrenten für Aussiedler und Spätaussiedler schrittweise zurückzunehmen, versuche man, einen Teil der Betroffenen mit einer Einmalzahlung von 2.500 Euro abzuspeisen. Die von der alten Bundesregierung 2021 geplante Ausgestaltung des Fonds war hinsichtlich der Leistungshöhe eine „Kompromisslösung“, die ebenfalls dem Schicksal wie der Lebensleistung der Betroffenen nicht wirklich entsprochen hätte. Der BdV werde weiterhin auf eine deutliche Nachbesserung der nunmehr beschlossenen Ausgestaltung des Härtefallfonds für Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Härtefälle aus der Ost-West-Rentenüberleitung drängen, auch um ein Abdriften von enttäuschten Landsleuten an die politischen Ränder aktiv und entschlossen entgegenzuwirken.

Auch BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius hat Anfang Dezember in einer Presseerklärung deutlich gemacht, dass sich der BdV weiter dafür einsetzen werde, Generationengerechtigkeit im Rentenrecht für die Aussiedler und Spätaussiedler über die Rücknahme der Kürzungen im Fremdentenrecht zu erwirken. Ungerechte gesetzliche Regelungen, die den Weg in die Altersarmut zur Folge haben, gehörten abgeschafft. Die Kabinettsentscheidung stützt sich, so der BdV-Präsident, auf die Zustimmungen der jeweiligen Beauftragten der Bundesregierung für die Anliegen der Betroffenen. Sowohl die Beauftragte für die Anliegen der Spätaussiedler und deutschen Minderheiten, Natalie Pawlik, MdB, als auch jener für Ostdeutschland, Carsten Schneider, MdB, hätten der Mittelabsenkung durch das federführende Bundesministerium für Arbeit und Soziales zugestimmt.

Nach langen Debatten hatte 2021 die Regierung unter Angela Merkel den Härtefallfonds als Ausgleich für die niedrigen Renten und als Anerkennung der Lebensleistung auf den Weg angedacht. Durch die Bereitstellung eines Haushaltsbetrages von einer Milliarde Euro als Anteil des Bundes und der Planung einer ebenso

nachhaltigen Beteiligung der Länder beabsichtigte man einen Ausgleich für Härten in der rentenrechtlichen Eingliederung voranzubringen. Die neue Bundesregierung habe diesen Ansatz nunmehr völlig unzureichend durch eine untergesetzliche Übertragung der um die Hälfte gekürzten Bundesmittel in eine nichtrechtsfähige Stiftung des Privatrechts, gekrönt von der Entlassung der Länder aus der ursprünglich angedachten Pflicht zur Beteiligung, umgesetzt. Mit ihrer Entscheidung hat die Ampelkoalition die Basis für eine würdige Regelung für den betroffenen oder begünstigten Personenkreis entzogen. Konnten die Betroffenen – nach den alten Plänen mit gleichwertiger Beteiligung der Länder – mit einer Ausstattung des Fonds in Höhe von rund zwei Milliarden Euro rechnen, so soll nunmehr eine halbe Milliarde ausreichen, um Nachteile zu mildern, die durch gesetzliche oder fehlende gesetzliche Regelungen erst entstanden sind.

Zu beklagen ist zudem, dass neben jüdischen Kontingentflüchtlingen und Ostrentnern, die durch die Rentenüberleitung besonders benachteiligt sind, nur Spätaussiedler und nicht auch Aussiedler zu dem Kreis der Anspruchsberechtigten zählen. Als Aussiedler werden jene Vertriebenen bezeichnet, die bis zum 31. Dezember 1992 in Deutschland Aufnahme gefunden haben. Aber auch innerhalb der Gruppe der Spätaussiedler ist der Personenkreis nunmehr eingegrenzt. Der Anspruch soll nur erfüllt sein, wenn der Spätaussiedler bei Einreise das 50. Lebensjahr überschritten und vor dem 01. April 2012 in Deutschland Aufnahme gefunden hatte sowie am 01. Januar 2021 in Rente stand.

Die Umsetzung des Härtefallfonds soll eine beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales noch zu errichtende Bundesstiftung übernehmen, in die der Bund die entsprechenden Mittel einzahlt. Innerhalb von drei Jahren soll dann die Auszahlung an die Betroffenen erfolgen. Wie in einer Presseerklärung der Bundesregierung zu lesen ist, müsse die gesetzliche Rente zudem „in Grundsicherungsnähe“ liegen, um einen Anspruch auszulösen. Das Antragsverfahren solle bis zum 30. September 2023 beendet sein. Die geplante Einmalzahlung in Höhe von einmalig 2.500 Euro solle somit zur Abmilderung

von empfundenen Härten beitragen und die Lebensleistung anerkennen.

Nach Berechnungen der BdV-Bundesgeschäftsstelle könnten somit maximal 200.000 Menschen von der Neuregelung profitieren. Dabei rechnet man lediglich mit rund 60.000 berechtigten Spätaussiedlern, obwohl rund 750.000 Spätaussiedler Rentenbezieher sind und nur wenige ausreichend hohe Renten beziehen. Angesichts dieser Eckdaten wird diese Härtefallfondslösung zur Bekämpfung der Altersarmut unter den Spätaussiedlern kaum beitragen und durch die hohen Energiepreise sowie die aktuelle Inflation unbemerkt verpuffen. Außerdem bleibe die Gruppe der Aussiedler ausgeschlossen, obwohl auch diese von den Kürzungen im Fremdentenrecht in den 1990er Jahren stark betroffen sind.

Auch wenn die Planungen der Bundesregierung, so Knauer, „völlig unzureichend“ seien, bleibt zumindest zu hoffen, dass ähnlich wie in der ursprünglichen Planung auch die Bundesländer zu einer Zusatzausstattung des Härtefallfonds beitragen. Hierfür räumt ihnen der Härtefallfonds bislang eine Frist bis zum 31. März 2023 ein. Eine Frist, die aufgrund der fort geschrittenen Zeit und der hohen Erwartungen an die Höhe der Zusatzmittel nicht haltbar erscheint, da die Länder an ihre eigene Haushaltsgesetzgebung gebunden sind. Daher wäre es der Sache zuträglich, wenn der Bund den Fonds offenhalten und Zustiftungen und Beteiligungen längerfristig möglich wären. Es sei mehr als „schmerzlich und unsozial“, so BdV-Landesvorsitzender Christian Knau, obwohl die Menschen langjährig beschäftigt waren, zum Wohlstand des Landes und zur Wirtschaftsleistung im hohen Maße beigetragen und für ihre Lebensleistung Respekt, Anerkennung und eine angemessene Versorgung im Alter verdient hätten. Die Absenkung um 40 Prozent, die Deckelung der Entgeltpunkte, die pauschale Kürzung der Kindererziehungszeiten sowie die Ausgrenzung der nichtdeutschen Ehepartner aus dem Rentenrecht seien die Hauptursachen der Altersarmut von Aussiedlern und Spätaussiedlern. Fast überall seien sie es selbst, die in den Familien die Hauptlast der finanziellen Versorgung im Alter tragen, weil ihre nichtdeutschen Ehepartner keine Aner-

kennung der Renten aus den Herkunftsgebieten erfahren würden. Hinzu komme, dass Aussiedler und Spätaussiedler lange Zeit, ebenfalls aufgrund politischer Versäumnisse, große Schwierigkeiten mit der Anerkennung ihrer Berufs- und Bildungsabschlüsse hatten und so auch keine ausreichende rentenrechtliche Absicherung aufbauen konnten.

Enttäuscht über den Kabinettsbeschluss zeigte sich auch BdV-Vizepräsident und Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU, Egon Primas. „Mit diesem Beschluss kann keine der Zielgruppen dieses Härtefallfonds zufrieden sein, zumal er weit von einem sozialen Ausgleich entfernt ist. Er fällt eklatant hinter die von der letzten

Koalition bereits beschlossenen Beträge zurück.“ Mit den Stichtagsregelungen würden große Teile der Aussiedler und Spätaussiedler aus der Regelung ausgeschlossen. Vor der Bundestagswahl seien Anerkennungszahlungen in Höhe von 10.000 Euro pro Fall im Gespräch gewesen. Zur Wahrheit gehöre auch, dass die neue Bundesregierung den Härtefallfonds gar nicht mehr umsetzen wollte. Erst nach vehementen Forderungen der Bundestagsabgeordneten Otilie Klein, Silke Lauenert sowie Christoph de Vries, habe die Ampel überhaupt eine Anerkennungsleistung für die Betroffenen beschlossen. Es mache fassungslos, dass die Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, die selbst aus dem Personenkreis stammt, der Mittelkürzung

durch die Bundesregierung und dem Ausschluss der Aussiedler aus der neuen Regelung ausdrücklich zugestimmt hat. Die Union stehe nach wie vor zur ihrem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2021. Dort heiße es wörtlich: „Wir wollen Aussiedler und Spätaussiedler sowie jüdische Kontingentflüchtlinge besser stellen und rentenrechtliche Benachteiligungen beseitigen.“

Vereinigte Landsmannschaften

Landesverband Bayern e.V.
Am Lilienberg 5, 81669 München
Tel.: (089) 48 14 47
Fax: (089) 48 26 21
E-Mail: info@bdv-bayern.de
Internet: www.bdv-bayern.de



Erleichterung und Linderung für behinderte Menschen als Minderjährige in DDR-Einrichtungen

In einem Pressegespräch am 16. November 2022 bilanzierten Sozialministerin Stefanie Drese und die Landesbeauftragte Anne Drescher die Arbeit der im Januar 2017 bei der Landesbeauftragten eingerichteten Anlauf- und Beratungsstelle für die Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ im Land Mecklenburg-Vorpommern, deren Laufzeit im Dezember 2022 endete.

2.050 Menschen aus dem Bundesland hatten sich bis zum Meldeschluss am 30. Juni 2021 an die Stiftung gewandt. Mit mehr als 1.800 Betroffenen, die als Kinder und Jugendliche in der DDR zwischen 1949 und 1990 in stationären Einrichtungen der Sonderpädagogik, Psychiatrie oder Behindertenhilfe untergebracht waren, haben die zuletzt fünf Beraterinnen und Berater persönliche Gespräche geführt, davon fast 1.300 aufsuchend in der Wohnung bzw. der heutigen Wohneinrichtung. Mit etwa 1.600 Betroffenen, die während ihrer Unterbringung Leid und Unrecht erfahren haben, konnten Leistungen in einer Gesamthöhe von 14,4 Millionen Euro vereinbart werden, um heute noch fortwirkende Folgen zu lindern.

Stefanie Drese, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern, sagte: „Durch nichts können wir die erlebten Leid- und Unrechts Erfahrungen ungeschehen machen. Diese frühen Erlebnisse prägten das Leben der Betroffenen. Sie haben sich oft tief in das Gedächtnis eingegraben.“

Viele leiden auch heute noch unter den körperlichen, aber auch den seelischen Folgen. Die Stiftung ‚Anerkennung und Hilfe‘ steht deshalb nicht nur für eine symbolische finanzielle Entschädigung, sondern vor allem auch für Empathie und Aufarbeitung. Es ging und geht darum, erlittenes Leid auch tatsächlich anzuerkennen, das heißt, den Menschen zuzuhören und ihnen zumindest ein Stück weit aus ihrer Opferrolle herauszuhelfen. Mein Dank gilt deshalb auch Frau Drescher und ihrem Team für die fachlich und menschlich herausragende Arbeit in den vergangenen Jahren.“

Anne Drescher, Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, sagte: „Eine Zeitzeugin berichtete, es wäre eine Erleichterung, endlich über das in den Einrichtungen Erlebte sprechen zu können: über Schläge, Demütigungen, Essensentzug, Fixierung in Netzbetten über die Überbelegung in baufälligen Unterkünften, über mangelnde Zuwendung, Förderung und Bildung. Eine Gesellschaft muss sich daran messen lassen, wie sie mit ihren schwächsten Gliedern umgeht. Der vermeintliche Sozialstaat DDR erweist sich gerade hier als Mythos.“



Foto: LANV/B. Bley

Sozialministerin Stefanie Drese (l.) und Landesbeauftragte Anne Drescher (r.) zogen eine Bilanz der Arbeit für die Stiftung „Anerkennung und Hilfe“.

Härtefallfonds für politisch Verfolgte im Land Brandenburg

Das Land Brandenburg stellt im Jahr 2023 wieder 60.000 Euro zur Verfügung. Antragstellungen sind ab sofort möglich für Menschen, die in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) oder in der DDR politisch verfolgt wurden und ihren Wohnsitz in Brandenburg haben. Sie können, sofern sie sich in wirtschaftlicher Notlage befinden, Unterstützung durch das Land Brandenburg erhalten. Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) berät Interessierte und begleitet die Antragstellung.

Antragsberechtigt sind ehemals politisch Verfolgte:

- die ihren Hauptwohnsitz im Land Brandenburg haben und
- nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen bzw. dem Häftlingshilfegesetz rehabilitiert wurden und
- in ihrer wirtschaftlichen Lage in besonderem Maße beeinträchtigt sind.

Unterstützt werden können insbesondere

- Maßnahmen für selbstbestimmtes Wohnen, bei Umzug in eine behinder-

tengerechte Wohnung oder die alters- und behindertengerechte Ausstattung von Wohnraum

- gesundheitliche Maßnahmen, die nicht von Krankenkassen übernommen werden oder Krankenkassenleistungen, deren Eigenbeteiligung sehr hoch ist, wie beispielsweise für Zahnprothetik oder Hörgeräte
- Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, die nicht oder nicht ausreichend gefördert werden, um eine nachhaltige Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen
- Verbesserung der Mobilität mit dem Ziel, die Selbstständigkeit und soziale Teilhabe zu fördern

Im Jahr 2022 beriet die Aufarbeitungsbeauftragte zahlreiche Interessierte und begleitete die Antragstellung. So konnten ehemals politisch Verfolgte Zuwendungen für ganz unterschiedliche Maßnahmen aus dem Härtefallfonds erhalten.

Zum diesjährigen Härtefallfonds sagt Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Maria Nooke: „Bereits seit dem Jahr 2015 stellt der Brandenburgische Landtag jährlich Mittel für den Härtefallfonds zur Verfügung. Aus

meiner Arbeit heraus weiß ich, wie wichtig für ehemals politisch Verfolgte neben der Beratung auch die Verbesserung ihrer Lebenssituation ist. Um noch mehr Unterstützungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen, begleitet das Team der Aufarbeitungsbeauftragten auch im Jahr 2023 den Beratungs- und Zuwendungsprozess intensiv von der ersten Information bis zur erfolgreichen Zuwendung. Die Anfragen können ab sofort gestellt werden.“

Interessierte können sich während der telefonischen Sprechzeiten (Mo. und Do. von 13 bis 16 Uhr und Fr. von 10 bis 13 Uhr unter 0331 23729221) oder schriftlich an die LAKD wenden. Die Richtlinie für den Härtefallfonds und alle Informationen zu Beratung und Antragstellung finden Sie auf unserer Homepage: <https://aufarbeitung.brandenburg.de/beratung/haertefallfonds/>

Stefanie Wahl

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Hegelallee 3


14467 Potsdam

Telefon: 0331/23 72 92-16

Telefax: 0331/23 72 92-29

E-Mail:

stefanie.wahl@lakd.brandenburg.de

www.aufarbeitung.brandenburg.de 

Härtefallfonds unterstützt SED-Opfer im Land Berlin

2023 stellt das Land Berlin 100.000 Euro zur Verfügung


Berlin, 05. Januar 2023 – Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur nimmt in diesem Jahr wieder Anfragen für Leistungen aus dem Härtefallfonds des Landes Berlin entgegen. Der Fonds richtet sich an in der SBZ/DDR politisch Verfolgte mit derzeitigem Wohnsitz in Berlin, die nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen rehabilitiert wurden und sich aktuell in einer besonderen wirtschaftlichen Notlage befinden. Beim Berliner Aufarbeitungsbeauftragten erhalten Interessierte eine individuelle Beratung und Unterstützung bei der Antragstellung. Für das Jahr 2023 stehen insgesamt 100.000 Euro zur Verfügung.

Die Unterstützungsleistungen können zum Beispiel für medizinische Maßnahmen, für die Schaffung und den Erhalt von selbstbestimmten Wohn- und Le-

bensmöglichkeiten oder für Kommunikationshilfen gewährt werden. Auch für die Anschaffung von technischen Alltagshilfen, die Verbesserung der Mobilität oder für Aus- und Fortbildungen sind Unterstützungsleistungen möglich. Laufende Kosten können aus dem Härtefallfonds nicht abgedeckt werden. Auch Bargeldauszahlungen sind nicht möglich. Die Antragsteller müssen nachweisen, dass sie finanziell bedürftig sind. Auch wird ermittelt, ob ggf. andere gesetzliche Hilfesysteme wie Krankenversicherungen oder das Jobcenter die beantragten Leistungen erbringen könnten.

„Der Härtefallfonds ist ein politisches Signal, dass wir die Opfer der SED-Diktatur nicht vergessen. Er bietet Hilfe in besonderen Notlagen, wenn keine anderen staatlichen Hilfen greifen“, erläutert der

Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Tom Sello. „Von den Leistungen können zum Beispiel Menschen profitieren, die wegen ihrer Verfolgungsgeschichte auf Grund-sicherung angewiesen sind oder die als Erwerbsminderungsrentner nur geringe Einkünfte haben.“

Über die Vergabe der Hilfen entscheidet der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte unter Mitwirkung eines Beirats. Die Grundsätze für die Gewährung von Unterstützungsleistungen aus dem Härtefallfonds sind in einer Richtlinie festgelegt. Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite des Aufarbeitungsbeauftragten (www.aufarbeitung-berlin.de/haertefallfonds). Die Beratung zum Härtefallfonds ist unter (030) 24 07 92 62 oder per E-Mail unter haertefall@aufarbeitung-berlin.de zu erreichen. 

Neubrandenburg – Möglichkeiten und Formen des Gedenkens und der Erinnerung

Neubrandenburg, einst Bezirksstadt in der DDR, ist bisher nicht dafür bekannt, sich besonders intensiv mit der Aufarbeitung ihrer DDR-Diktatur-Vergangenheit zu beschäftigen. Dabei gibt es Einiges, was einer Aufarbeitung und historischen Einordnung bedarf. Neubrandenburg, administratives Zentrum der SED-Bürokratie im Bezirk Neubrandenburg und städtebaulich „sozialistische Großstadt“, hatte nach Berlin-Hohenschönhausen den zweitgrößten Stasi-Standort der DDR. Der Gebäudekomplex befand sich auf einem weitläufigen Areal auf dem Lindenberg und beinhaltete auch eine in den 80er Jahren neu errichtete Untersuchungsanstalt. Die Einrichtung, so makaber das klingt, war einer der modernsten Gefängnis-Neubauten in der DDR und stellt aufgrund ihrer Erhaltung als Gesamtkomplex ein einzigartiges historisches Zeugnis des DDR-Repressionsapparates dar.

Seit 2021 kommt scheinbar Bewegung in die Auseinandersetzung mit dem Erbe der kommunistischen Diktatur auf dem Lindenberg. Auf Initiative unter anderem der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) und des Projektes „zeitlupe“ der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie M-V e.V. (RAAMV) gibt es eine Beschäftigung mit der Historie der ehemaligen Stas-U-Haft-Anstalt und des Stasi-Gebäude-Komplexes. Im November 2021 fand eine größere Veranstaltung dazu in Neubrandenburg statt. Bei einer Podiumsdiskussion am 24.11.2021 diskutierten u.a. Vertreter der Stadt Neubrandenburg, der RAAMV, der Hochschule Neubrandenburg, der Landeszentrale für politische Bildung MV, der VOS und der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur MV über Möglichkeiten und Formen des Gedenkens und der Erinnerung.

Ergebnisse dieser Diskussionsrunde waren die Beauftragung der Hochschule Neubrandenburg mit der Durchführung von Zeitzeugeninterviews und weiterer Forschung zum Komplex, das Abhalten eines Tages der offenen Tür im ehemaligen Gefängnis und die intensivere Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur und der Stasi in der Stadt. Auf der Podiumsdiskussion wurde durch Historiker angeregt, den Gesamtkomplex der ehemaligen Staatssicherheit auf dem

Lindenberg zu beforschen. Gerade dem gesamten Gebäudekomplex als Bürokratiekomplex wohne ein großes kreatives Lern- und Aufarbeitungspotential inne. Die Diskussion um das Gefängnis könne Ausgangspunkt für eine lebendige Erinnerungsdebatte rund um die Themen DDR-Repression, Stasi-Bürokratie und gesellschaftliche Partizipation sein.

Der erste Tag der offenen Tür auf dem Gelände der ehemaligen Untersuchungsanstalt fand dann am 08.06.2022 statt. Er erfuhr eine überwältigende Resonanz. Besonders auch zahlreiche Schulklassen nutzten die Gelegenheit, sich vor Ort über diesen Ort der Repression, über diesen wichtigen Aspekt der SED-Diktatur in Neubrandenburg, zu informieren. Deutlich wurde das starke Interesse der Bevölkerung an diesem Thema, an Informationen über diesen Ort. Tage der offenen Tür sollen nunmehr regelmäßig stattfinden. „Die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg unterstützt das Ansinnen eines öffentlichen Erinnerungsortes und Erinnerungstages als sichtbare Ergebnisse des Aufarbeitungsprozesses und der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes.“, so ein Sprecher der Stadt. Dies bedürfe jedoch weiterer Forschungen, die sich auch auf den Gesamtkomplex beziehen sollen.

Die Landeszentrale für politische Bildung M-V begrüßt in einer Stellungnahme den begonnenen Prozess der Auseinandersetzung „um die Erinnerung an die DDR und die Staatssicherheit in Neubrandenburg“. In diesem Zusammenhang sei das Lehrforschungsprojekt „Staatssicherheit und Repression auf dem Lindenberg: Unrecht zwischen erleiden, verdrängen und erinnern“ der Hochschule Neubrandenburg wichtig für eine „faktenbasierte Erinnerungsarbeit“. Sie verweist allerdings erneut auf den nach ihrer Ansicht ausreichenden Standort für die Erinnerungsarbeit im ehemaligen Bezirk Neubrandenburg in der Gedenkstätte in Neustrelitz. Diese Gedenkstätte befindet sich in der dortigen ehemaligen U-Haftanstalt.

Inwiefern die Stadt Neubrandenburg ernsthaft an der Errichtung einer Gedenkstätte interessiert ist, ist fraglich. Seit Jahren stehen Pläne im Raum, auf dem Grundstück der ehemaligen U-Haft – Anstalt Wohnungen zu bauen. Zurzeit

laufen Verhandlungen zwischen der Stadt Neubrandenburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über den Ankauf des Geländes. Das Land M-V will eine Wohnbebauung mit Sonderkonditionen für den Ankauf des Grundstückes fördern. Auf Nachfrage erklärte Oberbürgermeister Silvio Witt, dass mit den Verhandlungen keine Vorfestlegung für eine Wohnbebauung verbunden sei. Interessant ist in diesem Zusammenhang allerdings eine weitere Aussage Witt's auf dem Tag der offenen Tür. Er sagte „Wir reden immer nur von entweder oder, aber es ist auch möglich, eine kleine Begegnungsstätte in einem der Gebäude zu erhalten und den Rest für Wohnungsbau zu nutzen.“ Dies ist dann wohl doch als klare Positionierung pro Wohnbebauung zu sehen, die einen ergebnisoffenen Prozess zur möglichen Errichtung einer Gedenkstätte fragwürdig erscheinen lässt.

Gegen eine Umwidmung zur Wohnnutzung und dem damit verbundenen Abriss des Gefängnisses in Neubrandenburg gibt es politischen Widerstand, auch die VOS positioniert sich klar dagegen. Sie fordert den Erhalt der Gebäude und deren Nutzung als Gedenkstätte und würdigen Erinnerungsort an die Verbrechen der SED-Diktatur. Anfang November 2022 hat sich zudem ein neuer Verein in Neubrandenburg gegründet, der sich für den Erhalt des Gefängnisses als Gedenkstätte einsetzen will. Es scheint, dass damit nun endlich auch eine Bündelung der Kräfte, die eine Gedenkstätte befürworten, stattfindet.

Jörg Plath



Schulklasse vor dem ehemaligen Gefängnis

Politiker aus Bund und Land besuchten die Stasi-Zentrale – Campus für Demokratie

Die Weiterentwicklung des Geländes und Umsetzung des von der Robert-Havemann-Gesellschaft vorgeschlagenen Forums Opposition und Widerstand ist wichtig.

Am 16. Januar 2023 sprachen die Staatsministerin für Kultur und Medien Claudia Roth, die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien Katrin Budde, die Senatoren des Landes Berlin Andreas Geisel (Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen), Klaus Lederer (Senator für Kultur und Europa), Daniel Wesener (Senator für Finanzen), der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Tom Sello und die Abgeordnete des Europäischen Parlaments und Vorstandsvorsitzende des Fördervereins Campus für Demokratie Hannah Neu-

mann auf dem Campus für Demokratie über die Zukunft des Geländes. Im Rahmen des Besuches hat die Robert-Havemann-Gesellschaft die gemeinsame und zügige Umsetzung des von ihr geplanten Forums Opposition und Widerstand auf dem Campus für Demokratie von Bund und Land gefordert.

Die Teilnehmenden betonten die große Bedeutung des Campus für Demokratie für die nationale Erinnerungskultur. Das Forum Opposition und Widerstand ist ein zentraler Baustein des Campus für Demokratie als Ort der Forschung zu Fragen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und als Ort der Demokratiebildung und gesellschaftlichen Diskussion. So wird, wie in den Koalitionsverträgen von Bund und Land festgeschrieben, der Campus

für Demokratie als Bildungs- und Erinnerungsort weiterentwickelt.

Das Bekenntnis aller anwesenden Politiker zum Campus für Demokratie und zum Forum Opposition und Widerstand gilt es nun, in konkrete Handlungen zu überführen. Die finanziellen Herausforderungen bei der Umsetzung des Projektes müssen sowohl durch den Bund als auch das Land Berlin getragen werden. Als Grundlage kann die von der Robert-Havemann-Gesellschaft im Auftrag des Bundes erstellte Machbarkeitsstudie dienen. Idealer Anknüpfungspunkt für einen Startschuss ist der 70. Jahrestag des Volksaufstandes am den 17. Juni 1953, einem der bis 1989 wichtigsten Marksteine in der Geschichte von Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR.

Frank Ebert

20-jähriges Jubiläum der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“

Seit 20 Jahren betreibt die Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ Bildungsarbeit am historischen Ort in der Gedenkstätte Lindenstraße. Unter Leitung der vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (MBS) beauftragten Gedenkstättenlehrerin Cathrin Eich, haben in diesen zwei Jahrzehnten über 61.000 Brandenburger Schülerinnen und Schüler den einstigen Haft- und Justizort in der Potsdamer Lindenstraße besucht.

Der Einsatz von Lehrkräften an Gedenkstätten beider Diktaturen ist seit den 1990er Jahren ein Erfolgsmodell im Land Brandenburg. Bereits im Jahr 2002 wurde auf dem Areal der Gedenkstätte Lindenstraße die Schülerprojektwerkstatt als historisch-politische Bildungseinrichtung eröffnet. Seither bietet sie Schulen des Landes Brandenburg gruppenspezifische Möglichkeiten des entdeckenden Lernens am historischen Ort im Rahmen von Führungen, Zeitzeugengesprächen oder

Workshops. Dabei geht es um Haft und Verfolgung im Nationalsozialismus, in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR. Schülerinnen und Schüler sollen sich mit den Angeboten Wissen über Strukturen diktatorischer Herrschaftssysteme erarbeiten, sich verschiedene Methodenkompetenzen aneignen, ihre eigene politische Urteils- und Handlungsfähigkeit erweitern sowie soziale und personale Kompetenzen stärken.

Gerade die regelmäßige Zusammenarbeit mit ehemaligen Inhaftierten spielt für das Profil der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ eine herausragende Rolle. So wurde die Gedenkstättenlehrerin in den beiden Dekaden von fast 50 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen unterstützt.

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (MBS) und der Förderverein der Projektwerkstatt ermöglichen die Arbeit finanziell und organisatorisch, die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße ist wichtiger Partner vor Ort.

Tina Weber-Volk

Besuchen Sie uns auch bei Facebook. Aktuelle Sonderausstellung: 26.08.2022–08.01.2023: „Wir dachten, wir können die Welt aus den Angeln heben. Die Unabhängige Initiative Potsdamer Frauen (1989 bis 1995)“



Bildungsarbeit in der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ mit dem Zeitzeugen Dieter Ott, 2022

Fachgespräch „Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR“

Die SED-Opferbeauftragte E. Zupke veranstaltete am 24. November 2022 gemeinsam mit der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft ein Fachgespräch zum Thema "Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR". Es wurden die Hintergründe der Häftlingszwangsarbeit und seinen bis heute andauernden Folgen durch die Diplom-Psychologin Stefanie Knorr von der Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur Gegenwind und den Historiker Dr. Tobias Wunschik von der Humboldt-Universität Berlin, näher beleuchtet. Darüber hinaus kamen die ehemalige Häftlinge Birgit Krüger und Frank Herrmann als Zeitzeugin und Zeitzeuge zu Wort und schilderten den anwesenden Bundestagsabgeordneten bedrückend ihren Leidensweg.

Von den rund 270.000 (Quelle BMJ) politischen Häftlingen, die es von 1945 bis 1989 in der SBZ und der SED-Diktatur gegeben hat, mussten die allermeisten Zwangsarbeit leisten. Die unmenschlichen Bedingungen, welche nicht nur gegen internationale Normen, sondern auch gegen in der DDR geltende Vorschriften verstießen, wurden in den letzten Jahren in verschiedenen Studien (Deutsche Bahn 2016; Ikea 2014) beschrieben und durch Presseberichte und Dokumentationen und insbesondere durch die Berichte von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aufgedeckt. In der Haft produzierten die Gefangenen laut Historiker Dr. Wunschik nicht nur Waren für die DDR, sondern auch für westdeutsche und internationale Firmen. Von Fotoapparaten für Quelle und Otto bis Strumpfhosen für Aldi. „Insgesamt hatten diese Knastwaren in den 80er Jahren ein Volumen von mindestens 200, wahrscheinlich 600 Millionen D-Mark jährlich.“

In den zurückliegenden Jahren hat sich insbesondere die UOKG für eine weitere Aufarbeitung der Zwangsarbeit und eine Wiedergutmachung für die Betroffenen gegenüber den Firmen eingesetzt. Bislang hat mit IKEA nur ein Unternehmen angekündigt, sich an einer Unterstützung der Betroffenen beteiligen zu wollen. Es gehe jedoch nicht darum, einzelne Firmen an den Pranger zu stellen, betonte Dr. Wunschik. Gerade aber die Deutsche Bahn, sollte als bundeseigenes Unternehmen eine Vorbildfunktion im Prozess der

Aufarbeitung der DDR-Zwangsarbeit einnehmen. Auch die SED-Opferbeauftragte E. Zupke betonte, dass die heutigen Unternehmensleitungen nicht verantwortlich dafür seien, was in ihren Firmen in der Vergangenheit passiert ist: „Aber sie tragen Verantwortung dafür, wie ihre Unternehmen heute mit diesem dunklen Kapitel umgehen“, so E. Zupke. Und da gebe es noch einiges zu tun, betont der Bundesvorsitzende der UOKG D. Dombrowski. Er war selbst im DDR-Gefängnis Cottbus inhaftiert und stellte Gehäuse für die Praktika-Kamera, den „Exportschlager“ der DDR, her. Den politischen Häftlingen der DDR ist in mehrfacher Hinsicht staatliches Unrecht angetan worden. Viele leiden bis heute an den Folgen der Zwangsarbeit. Es ist für D. Dombrowski „schwer verständlich, dass es in einem der reichsten Länder der Welt eines Lieferkettengesetzes bedurfte, um

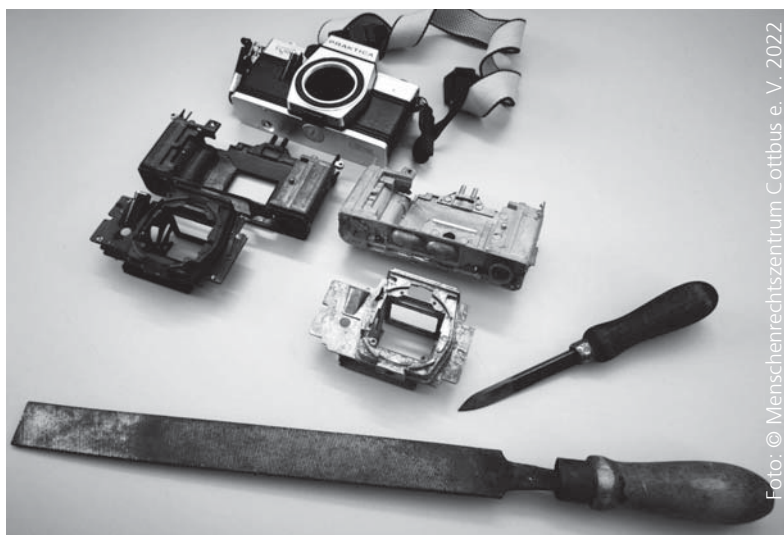
Unternehmen zu anständigem Handeln zu veranlassen. Es ist an der Zeit, auch unternehmerisches Handeln in der Vergangenheit zu bewerten und moralische Verantwortung einzufordern.“ An die Abgeordneten appellierten die SED-Opferbeauftragte E. Zupke und D. Dombrowski, sich für die Aufarbeitung und die Anerkennung der Folgeschäden einzusetzen. Die Auseinandersetzung mit dem Thema ist für sie keine Frage Ostdeutschlands, sondern eine gesamtdeutsche Aufgabe.

Antje Zumdick, UOKG

In der Mediathek des Deutschen Bundestages ist das Fachgespräch zu finden unter: <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7548214#url=L21ZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTQ4MjE0&mod=mediathek>



UOKG Podiumsdiskussion mit Evelyn Zupke (l.) und dem UOKG-Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.



Feile, Schaber, silberne Rohteile und fertige schwarze Teile des Kameragehäuses wie man sie aus Cottbus kennt.

DDR-Kindergefängnis Bad Freienwalde

Besuch von Annalena Baerbock und der Aufarbeitungsbeauftragten:
Leichter Zugang zu Hilfen für SED-Opfer angekündigt.

Die Brandenburger Bundestagsabgeordnete Annalena Baerbock besuchte am 06. Januar 2023 gemeinsam mit ehemaligen Insassen das DDR-Kindergefängnis in Bad Freienwalde. Begleitet wurde sie von der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur Evelyn Zupke, der Brandenburger Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur Dr. Maria Nooke, der bündnisgrünen Landtagsabgeordneten Sahra Damus, dem Staatssekretär des Innenministeriums Brandenburg Dr. Markus Grünewald und der Leiterin des Cottbuser Menschenrechtszentrums Heide Schinowsky. Auf dem Gelände des ehemaligen Durchgangsheimes in Bad Freienwalde befindet sich heute das Polizeirevier Bad Freienwalde. Im Andenken legten die Teilnehmer*innen eine weiße Rose an dem 2017 errichteten Mahnmal nieder. Überschattet wurden der Besuch und vor allem das Gedenken durch eine lautstarke Gruppe von Bad Freienwaldern, darunter AfD Landtagsabgeordnete und bekennende Reichsbürger, die gegen die Gäste hetzten

„Sie hat Wort gehalten und ihr Versprechen eingelöst, sich mit unserem Anliegen auseinanderzusetzen und sich den Ort unseres Leidens einmal persönlich anzusehen“, sagt Roland Herrmann, Vorsitzender des Vereins „Kindergefängnis Bad Freienwalde“. Mit Annalena Baerbock hat erstmalig ein Mitglied der Bundesregierung sich das ehemalige Kindergefängnis angeschaut. „Sie war sehr empathisch und hörte uns vor allem zu. In Zeiten, in denen sich andere Politiker oft-

mals am liebsten selber reden hören, war es ihr wichtig, von unseren Erlebnissen zu erfahren“, sagte Herrmann.

Nach dem Rundgang im Haus des Kindergefängnisses sprach sich die Grünen-Politikerin Annalena Baerbock für einen leichteren Zugang ehemaliger SED-Opfer zu finanziellen Hilfen aus. An diesem Ort sehe man, „dass Menschen, die als Kinder, als Jugendliche hier eingesperrt worden sind, diese Erinnerung, diese Schäden, diese Folgen mit ins Grab nehmen werden“, sagte Baerbock in Bad Freienwalde. Die Bundesaußenministerin äußerte sich in ihrer Funktion als brandenburgische Bundestagsabgeordnete: „Auch mehr als 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution bleibt die Aufarbeitung von SED-Unrecht wichtig. Viele der Betroffenen leiden bis heute unter den Folgen und leben viel zu oft in prekärer sozialer Lage. Wir sind verpflichtet, die Opfer zu rehabilitieren und ihre Geschichte zu erzählen“, sagte Baerbock.

Die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze seien „eine große Errungenschaft, die vielen Betroffenen von SED-Unrecht zu Gute kommen“, erklärte die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur Evelyn Zupke in Bad Freienwalde. Verschiedene Studien hätten gezeigt, dass die soziale Lage der SED-Opfer weit unter der der Durchschnittsbevölkerung liege. Zupke mahnte, dass insbesondere die Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden dringend verbessert werden müsse: „Viele SED-Opfer leiden bis heute unter den gesundheitlichen Spätfolgen

der politischen Repressionen. Neben körperlichen Schäden gewinnen psychische Erkrankungen, zunehmend an Bedeutung“, so die Bundesbeauftragte: „Es ist ein wichtiges Signal, dass die Regierungsparteien das Problem erkannt und sich im Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt haben, Erleichterungen bei der Beantragung und Bewilligung von Hilfen und Leistungen für Opfer der SED-Diktatur, insbesondere für gesundheitliche Folgeschäden zu ermöglichen. Ich werbe für ein grundsätzlich vereinfachtes Verfahren, damit den Opfern schnell und ausreichend geholfen werden kann.“

Die Brandenburger Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur Dr. Maria Nooke unterstrich: „Aus meiner langjährigen Praxis der Beratung ehemals politisch Verfolgter kann ich einerseits bestätigen, dass die Rehabilitierungsverfahren – insbesondere für ehemalige Heimkinder – sich erheblich verbessert haben. Bei den Anerkennungsverfahren für Gesundheitsschäden gibt es jedoch immer wieder unverständliche Entscheidungen, die die Betroffenen nur unzureichend in den behördlichen Entscheidungsprozess mit einbeziehen und durch die sich die Menschen verstanden und verletzt fühlen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, um den Zugang Betroffener zu Leistungen der Beschädigtenversorgung zu verbessern.“

Unterstützung erhalten die Betroffenen auch vom Cottbuser Menschenrechtszentrum, das sich seit Jahren für die Aufklärungsarbeit einsetzt. Die Leiterin Heide Schinowsky: „Seit der Gründung vor über 15 Jahren befasst sich der Verein nicht nur mit dem hier geschehenen Unrecht, sondern blickt bewusst darüber hinaus. Das war und ist den Vereinsmitgliedern sehr wichtig“. Ehemalige politische Häftlinge der DDR gründeten im Oktober 2007 den Verein Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. (MRZ), der seit 2011 Eigentümer des ehemaligen Zuchthaus' Cottbus ist. Im Zentrum der Arbeit der Gedenkstätte steht die Auseinandersetzung mit politischem Unrecht während der NS- und der SED-Diktatur. Um an das „Kindergefängnis Bad Freienwalde“ zu erinnern, wurde am 3. Oktober 2018 auf dem Gelände des Zuchthaus' Cottbus eine große Informationstafel eingeweiht.



DDR-Kindergefängnis Bad Freienwalde



Start Petition zur Erhaltung des Pitești Gefängnisareals als Gedenkstätte des Kommunismus in Pitesti/Rumänien

Marie Axinte, Gründerin und Leiterin der Gedenkstätte des Pitești Gefängnisses in Pitești/Rumänien bittet um Unterstützung für eine Petition zum vollständigen Erhalt des Gefängnisses Pitesti, damit es für künftige Generationen als Gedenkstätte erhalten bleibt.

In Form eines offenen Briefes an den rumänischen Präsidenten Iohannis Klaus, informierte Marie Axinte über die Gefährdung des Gedenkstättenkomplexes vor einem geplanten Abriss, welches seit 2019 in der vorläufigen Liste der UNESCO-Weltkulturstätten in Rumänien aufgenommen wurde.

Einer der Eigentümer des Gefängnisareals plant einen Teil abzureißen, um auf den freiwerdenden Flächen Wohngebäude zu errichten. Eine Baugenehmigung wurde von den Investoren bei der Stadtverwaltung von Pitesti eingereicht und auch schon bewilligt. Anfragen über die Bearbeitung eines Eilantrages der Stiftung des Pitești Gefängnisses über die vollständige Aufnahme des Areals als schutzwürdiges Denkmalensemble werden von der zuständigen Behörde nicht beantwortet.

Bekannt geworden ist das Gefängnis durch das gewaltsame „Pitesti-Experiment“.

In der Zeit des Stalinismus von 1949 bis 1951 waren 600 Studenten eingesperrt, um unter Anwendung von Folter, Freunde, Familienmitglieder und Kommilitonen zu denunzieren. Gleichzeitig wurden sie einer Gehirnwäsche unterzogen, um später selbst als Aggressor gegen Feinde des Kommunismus zu agieren.

Das Teile des Areals des Pitesti-Gefängnisses künftig zu Wohnzwecken genutzt werden soll, hält Marie Axinte für nicht tragbar, angesichts der Tatsache das dort

hunderte Menschen verhört, gefoltert und Hunger erfahren haben.

Unter <https://www.change.org/p/appeal-to-save-pitesti-prison?> oder <https://chnng.it/JKrVqvQqr9> kann die Petition unterschrieben werden.

Ulf Georgiew

Quelle: Axinte.M, 2023, <https://www.change.org/p/appeal-to-save-pitesti-prison>, letzter Zugriff 15.01.2023



M. Axinte, Poster zu Stephan Krawczyk im Pitesti Gefängnis in Januar 2023. Posteraustellung über Verfolgte Musiker in der Zeit des Kommunismus der Belene Island Foundation Bulgaria.

Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur beim „Runden Tisch“ mit den SED-Opferverbänden

Am 16. November 2022 fand auf Einladung des Beauftragten der nordrhein-westfälischen Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks, der vierte „Runde Tisch“ mit Vertreterinnen und Vertretern der SED-Opferverbände aus NRW im Gerhart-Hauptmann Haus in Düsseldorf statt. Diesjährige Referentin und Gesprächspartnerin war Frau Dr. Anna Kaminsky aus Berlin, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Nach einleitenden Worten von Heiko Hendriks begrüßte auch der Leiter der Abteilung „Weiterbildung und Politische Bildung“ im Ministerium für Kultur und

Wissenschaft, Herr Prof. Dr. Hans-Ulrich Baumgarten, die Teilnehmenden im Namen der Landesregierung. Er drückte den anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der SED-Opferverbände in NRW stellvertretend für alle SED-Opfer seinen Respekt und seine Wertschätzung aus. Er betonte, die rechtsstaatliche Regierungsform kann als durch einen Vertrag begründet angesehen werden, den die Bürger gewissermaßen untereinander schließen. Einen solchen Vertrag muss man auch kündigen können, das bedeutet, die Möglichkeit zu haben, ein Land zu verlassen. Ein Staat, der das nicht zulässt, ist ein Unrechtsstaat. Baumgarten hob hervor: „Die neue Landesregierung hat sich in dem Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, auch

in dieser Legislaturperiode einen Beauftragten für Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler zu berufen. Damit wird es auch weiterhin gleichzeitig einen Ansprechpartner für DDR-Übersiedlerinnen und Übersiedler, die noch vor dem Mauerfall nach NRW gekommen sind, sowie für die SED-Opferverbände, die in NRW ansässig sind, geben.“. Als gemeinsamer Erfolg der bisherigen Zusammenarbeit konnte z.B. die Aufwertung des Berliner Mauersegments am Düsseldorfer Landtag im April 2022 gefeiert werden.

Auch Herr Prof. Dr. Winfried Halder, Direktor der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und verwies in seinem kurzen





Dr. Anna Kaminsky (stehend in der Mitte) stellt den Teilnehmerinnen und Teilnehmer des vierten Runden Tisches die Arbeit der Bundesstiftung Aufarbeitung vor.


Grußwort auf seine Erfahrungen, die er kurz nach der Wende als Historiker an der Technischen Universität Dresden gemacht hat. Ihm sei damals bewusstgeworden, wie unterschiedlich und damit auch prägend das Leben in Ost und West war.

Anschließend stellte sich Frau Dr. Kaminsky, seit 2001 Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, den Anwesenden vor und berichtete von ihrer persönlichen Lebensgeschichte sowie den Arbeitsschwerpunkten und Projekten der Bundesstiftung Aufarbeitung. Die Stiftung setze sich z. B. dafür ein, dass die SED-Diktatur als Unterrichtsthema an

deutschen Schulen einen größeren Raum einnimmt. Im weiteren Austausch hatten Vertreterinnen und Vertretern der SED-Opferverbände die Gelegenheit, ihre Anliegen und Sorgen vorzutragen und sich mit der Direktorin auszutauschen.

Heiko Hendriks dankte Dr. Kaminsky für ihre Teilnahme und beendete die Gesprächsrunde mit den Worten: „Ich habe diesen Austausch als Win-win-Situation für beide Seiten empfunden. Es hat sich wieder einmal gezeigt, wie wichtig und zielführend es ist, sich auch mit den Sichtweisen anderer auseinanderzusetzen, um anschließend Ideen für

gemeinsame Vorhaben und Initiativen zu entwickeln!“

Im Anschluss an das Gespräch mit Dr. Kaminsky tauschte sich Heiko Hendriks über gemeinsame Projekte und Vorhaben mit den SED-Opferorganisationen aus. Ein zentrales Thema war die Planung für das gemeinsame Begehen des Gedenktags am 17. Juni 2023, dem 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR. Auch die Rentenproblematik der Übersiedlerinnen und Übersiedler, die vor dem Mauerfall in den Westen kamen, wurde diskutiert. Hier hoffen die SED-Opfer auf Lösungen in ihrem Sinne. 

UOKG-Verbandetreffen 05.–06. November 2022

Im Rahmen des UOKG-Verbandetreffens wurden die Mitglieder zunächst in einem öffentlichen Teil vom scheidenden Berliner Beauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Tom Sello begrüßt. Das Grußwort von Tom Sello kann auf dem YouTube Kanal „UOKGNews“ nachgeschaut werden. Verbandetreffen der UOKG | 05./06. November 2022 – YouTube

Danach folgte ein Filmbeitrag „Als die Hoffnung aufkam“ der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße aus Erfurt durch Lorenz Pagés. Der Film ist für Bildungszwecke konzipiert. Anhand von insgesamt 13 Protagonisten werden in Zeitzeugen-Interviews drei Aspekte der individuellen Wahrnehmung beleuchtet. Dabei beinhaltet der erste die Haft und die Sehnsucht nach Veränderung. Der zweite die Wahrnehmung nach 30 Jahren Wiedervereinigung und der dritte den wünschenden Blick in die Zukunft. Der Film kann beim Freiheit e.V. für Bildungszwecke, Schulen und geschlossene

Veranstaltungen angefragt und bestellt werden.

Im Anschluss stellte sich die neue Leiterin des Menschenrechtszentrums Cottbus Frau Heide Schinowsky vor. Eingebettet war die Vorstellung in eine Präsentation gemeinsam mit dem Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski zum Thema Hilfstansporte des Menschenrechtszentrums für die Ukraine. Das Gespräch kann auf dem YouTube Kanal „UOKGNews“ nachgeschaut werden. Ukraine-Unterstützung und Hilfen durch das Menschenrechtszentrum Cottbus – YouTube

Nach einer kurzen Pause stellte die UOKG die Eigenproduktion „Mitkommen! Frauen berichten über Repression in Heimen und politischer Haft“ von Dr. Christian Sachse und Christoph-Lucas Hütter vor. Der Film „Mitkommen!“ kann auf dem YouTube Kanal „UOKGNews“ nachgeschaut werden. Mitkommen! – Frauen berichten über Repression in Heimen und politischer Haft – YouTube

Am 2. Tag des Verbandetreffens stellte Manfred May aus dem Beirat des Thüringer Archivs für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ das Projekt Thüringer Orte der Repression, Opposition und Zivilcourage in der DDR vor. Besonders eindrücklich war hierbei, der Film zum DENKOrt Schmiedefeld dem ehemaligen Durchgangsheim der DDR- Jugendhilfe im Bezirk Suhl (abrufbar unter DENKOrt in Schmiedefeld eröffnet – YouTube).

Ausführliche Informationen zum Projekt finden Sie unter: Vor Ort zum DENKOrt (denkorte.de) Der Vortrag von Manfred May kann ebenso auf dem YouTube Kanal UOKGNews nachgeschaut werden. Vor Ort zum DENKOrt – Thüringer Orte der Repression, Opposition und Zivilcourage in der DDR – YouTube

Das nächste Verbandetreffen wird am 17. Juni 2023 stattfinden.

Sandra Czech, UOKG

Informationsveranstaltung zur Gedenkstätte Hoheneck

Letztmalig im Jahr 2022 wurde am 13. Dezember im bereits verschneiten Stollberg zur Informationsveranstaltung der Stadtverwaltung Stollberg, dem Oberbürgermeister Marcel Schmidt, dem Interimsbüro Gedenkstätte Hoheneck, vertreten durch Prof. Stefan Appelius und Frau Elke Kühns, eingeladen. Im Rathaussaal der Stadt Stollberg begrüßte Oberbürgermeister Marcel Schmidt die Teilnehmer vor Ort und per Videokonferenz.

Anwesend waren von den Opferverbänden das „Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.“ mit Konstanze Helber als Vorsitzende, die UOKG e.V. mit Sandra Czech, und ehemalige Inhaftierte. Von Seiten der Stadtverwaltung Stollberg waren Frau Kägebein (Amtsleiterin) und Gunter Weißbach vom Stadtrat zugegen. Ebenso war dieses Mal Jan Wünsche von der Agentur KOCMOC aus Leipzig, die mit der Gestaltung der Dauerausstellung beauftragte wurde, anwesend. Zusätzlich nahmen die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Dr. Nancy Aris, Herr Härtig vom Land Sachsen, Frau Uta Windisch (Vizepräsidentin der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Sächsischen Landtages) und der Kulturhauptstadtspfarrer Holger Bartsch an der Veranstaltung teil.

Die Ganztagsveranstaltung umfasste Prof. Appelius Ausführungen zur inhaltlichen und Jan Wünschens zur gestalterischen Umsetzung der Dauerausstellung sowie Elke Kühns Präsentation bzgl. der Rekonstruktion des begehbaren Zellenhauses (Südflügel).

Eingangs berichtete Prof. Appelius, anlehnend an die Veranstaltung im September, ergänzend über den Stand der inhaltlichen Ausarbeitung bezüglich der insgesamt 28 Stationen der Dauerausstellung, wobei immer noch kleine Änderungen und Korrekturen vorgenommen werden können.

Die Station 5 beinhaltet, neben dem multimedialen Erinnerungsort zu den inhaftierten Frauen aus vier Dekaden, einen Bereich, um der Toten zu gedenken. Bei den Recherchen ergaben sich nun letztlich 177 bestätigte Todesfälle für den Zeitraum von 1945 bis 1989. So viele Opfer, die ihr Leben in der Haft in Hoheneck verloren.

Ergänzend zur Station 13, die die politische Systemgegnerschaft als Haftgrund thematisiert, berichtete Prof. Appelius über inhaftierte Frauen, die ab 1952 nicht mehr vom Sowjetischen Militärtribunal (SMT), sondern vom Obersten Gericht der DDR verurteilt wurden. Hier sollen Zeitzeuginnen präsentiert werden, die wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit aufgrund der Zugehörigkeit zur Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) und Bäuerinnen, die im Rahmen der Zwangskollektivierung verurteilt wurden.

Die Station 14 ist noch nicht abschließend konzipiert. Hier bittet Prof. Appelius um Mithilfe. Diese Station beinhaltet die politische Inhaftierung aus religiösen Gründen und Prof. Appelius sucht Frauen, die infolge ihres Engagements für die Friedensbewegung in der Kirche in den 80er Jahren inhaftiert wurden.

Gleichermaßen bittet Prof. Appelius um Unterstützung bei der Suche nach unbekanntem Geschichten von Zeitzeuginnen, die im Rahmen von individueller Flucht und Fluchthilfe verurteilt und in Hoheneck inhaftiert wurden. Sei es auch nur für ein paar Wochen. Mittels eines Exkurses erläuterte Prof. Appelius an dieser Stelle, dass Bürgerinnen der Bundesrepublik bspw. einige Monate in Hoheneck inhaftiert und dann in Aufnahmelager verlegt wurden.

Ergänzend zur Station 16, welche die Unangepasstheit zum Thema hat, erklärte Prof. Appelius, dass hier die Entwicklung der Rechtsprechung nachgezeichnet werden soll. Mit der Reform des Strafgesetzbuches 1968 hatte die Verurteilung gemäß des neu-eingeführten berüchtigten §249 weitreichende Folgen für zahlreiche unangepasste Frauen. Nach der Haftentlassung führte dies in Verbindung mit §238 (Verstoß gegen gerichtliche Auflagen) zu einer schnellen wiederholten Verhaftung und Verurteilung.

Zur Station 17 „Kriminelle Straftäterinnen“ führte Prof. Appelius aus, dass die häufigsten Ursachen für eine Verurteilung Eigentumsdelikte darstellten. Weiterhin gab es Frauen die wegen Handlungen zum Nachteil von Kindern sowie wegen Mord, Körperverletzung und Totschlag verurteilt worden sind. Die Mörderinnen mit einer Haftzeit von 20 und später 15 Jahren wurden aus Gründen der Zweckmäßigkeit als

Funktionshäftlinge eingesetzt. Die Auswirkungen auf die politisch inhaftierten Frauen aufgrund dieser Vorgehensweise sind anhand von Erzählungen vielfach bekannt.

Interessant waren auch die Informationen zur Station 18 „NS-Täterinnen“. Hier wird in zwei Kategorien unterschieden: 1. Verurteilungen der Stunde Null, die im günstigsten Fall 1954/56 begnadigt wurden und 2. Verurteilungen durch DDR-Gerichte ab den 60er Jahren ohne Aussichten auf eine Begnadigung. Hierbei führte Prof. Appelius aus, dass einige Insassinnen die Hoffnung in sich trugen, von der Bundesrepublik „befreit“ zu werden.

Die Station 20 „Kinder hinter Gittern“ bewegt Mütter, Eltern aber auch alle anderen Interessierten immer wieder in besonderer Art und Weise. Laut Prof. Appelius kann nun resümiert werden, dass Geburten bis 1950 auf Hoheneck und ab 1950 im Haft-Krankenhaus Meusdorf durchgeführt wurden. Ab den 70er Jahren wurde die Haft bis zur Geburt ausgesetzt, allerdings waren Rückfalltäterinnen davon ausgenommen.

Die Station 23 beschäftigt sich mit der Stasi im Gefängnis. Die Hauptabteilung der Staatssicherheit, auch Linie VII, war u.a. dafür zuständig belastende Informationen aus den Strafvollzugseinrichtungen zu sammeln. Dazu wurden IMs unter den Angehörigen des Strafvollzugs, den Strafgefangenen und den Zivilisten angeworben. Ab 1973 befand sich im 1. OG des Ostflügels eine Außenstelle des MfS und im 1. EG ein Volkspolizei-Kommando (VPK) von Stollberg. Die VPK kümmerte sich um die Bespitzelung mit angeworbenen kriminellen Häftlingen innerhalb des Gefängnisses. „James und Daisy“ waren zuständig für das Gefängnispersonal und ein Abwehroffizier für die Anwerbung politischer Häftlinge zur Berichterstattung. Weiter führte Prof. Appelius aus, dass u.a. fundierte Informationen zur Historie der Strafvollzugseinrichtung Hoheneck, aber auch Informationen zur Medikamentenanwendung im Arrestbereich in den IM-Berichten festgehalten wurden.

Nach einer Stunde Pause stellte Herr Wünsche das Gestaltungskonzept der Dauerausstellung in einer Bildpräsentation eindrücklich vor. Jede Station besteht dabei aus einem Bereichstext, einem Haupt-Exponat und ggf. weiteren Exponaten. Zusätzlich werden verschiedene mediale Vermittlungsstationen wie Bildschirme und Hörstationen zum Einsatz kommen. Auch sollen mithilfe von Licht- und Soundinstallationen Inhalte verdeutlicht werden.



Im emotionalen Einstieg zur Dauerausstellung soll bspw. die Station 1 „Wasserzelle“ mit einem Raumsound (Sprecherin eines Zeitzeugenberichtes) und einer Lichtprojektion (Wasser steigt) zusätzlich zu den Exponaten Pritsche und Abort-Eimer eindrücklich ergänzt werden.

Die Station 3 „Unmenschlichkeit“ wird an der Geschichte von Brigitte Klopfer (verstorben in Hoheneck) dargestellt. Hier wird ein stilisierter Nähtisch, ein umgefallener Hocker zu sehen und die Geräusche einer laufenden Nähmaschine zu hören sein.



Verschneiter Blick auf Hoheneck

Herr Wünsche war gegenüber Vorschlägen von den Teilnehmern zur weiteren Gestaltung aufgeschlossen, sodass wir alle Betroffenen weiterhin bitten, sich zahlreich zu beteiligen.

Frau Elke Kühns begann ihren Vortrag mit einer persönlichen Vorstellung zu ihrer Tätigkeit als Projektleiterin und einem historischen Abriss zum Frauengefängnis Hoheneck. Weiter berichtete Frau Kühns über die Rekonstruktion des Zellenhauses (Südfügel) anhand zahlreicher Fotos und einiger Baupläne über bereits Erreichtes und bestehende Schwierigkeiten.

Gespannt war man auf die nächsten Vorhaben zur Rekonstruktion des Zellenhauses. Für viele Arbeiten am und im Haus müssen Mittel neu beantragt werden, weil das Geld einfach „nicht reicht“, um den Ort authentisch und originalgetreu wiederherzustellen. Hier ein kurzer Fakten-Check über die anstehenden Baumaßnahmen.

Im Innenbereich: Zellentüren restaurieren, Kastenschlösser wieder herstellen, Zellen wieder nummerieren (auch außen), folgende Zellen werden rekonstruiert: Wasserzelle im UG, Arrestzelle im EG, Duschzelle 80er im 1. OG, Gruppenzelle im 2. OG, Jugendzelle im 3. OG, Wandfarben – Rekonstruktion, Raum der Stille. Im

Außenbereich: Eingang zum Kellerbereich zugänglich machen, Blenden an den Arrestzellenfenstern zum Innenhof anbringen, Nachbau des Schildes „Verbotene Zone“, Herstellung der Hofoilette, weiße Markierungslinien für Hofgang/Freistunde aufzeichnen, Rekonstruktion des Außenrundgangs, Zufahrt für den Hof wird neu geregelt, für Außenstehende Informationen zum Gefängnis.

Prof. Appellius berichtete und bestätigte ergänzend, dass Gelder, die bereits bewilligt sind, nicht fließen. Eine sehr unglückliche und erschwerende Situation. Im Dezember 2023 plant man die Dauerausstellung zur Gedenkstätte zu eröffnen. So ist weiterhin die Zeitvorgabe.

In der sich anschließenden Fragerunde gab es viele positive Rückmeldungen zum jetzigen Stand der Planungen und Vorbereitungen und einige Nachfragen. Die ersten Fragen widmeten sich dem Haftalltag. So wurde angeregt, dass ein „normaler“ Haftalltag vom Wecken, Waschen, Appell, Essen, Ar-

beiten, bis hin zum Schlafen – bis jetzt zwar über mehrere Stationen, aber nicht – komprimiert und einfach erfassbar an einer Stelle/Station thematisiert wird. Weitere Fragen betrafen die Bereichstexte. Das Grundgerüst für die Texte wird Prof. Appellius entwickeln und dann mit anderen in enger Zusammenarbeit finalisieren. Zur Gestaltung kamen noch Fragen auf, die die Modulbauweise und die Barrierefreiheit der Dauerausstellung betrafen. Eine modulartige Bauweise – wie auch von Prof. Appellius favorisiert – ist eingangs zwar aufwendiger und kostenintensiver, ermöglicht aber im Nachgang kleine Änderungen und ist somit dynamisch und kann sich dem jeweiligen Forschungsstand anpassen. Auch die Verwendung von QR-Codes und Augmented Reality (AR=erweiterte Realität, nicht verwechseln mit den Virtual-Reality-Brillen) sind angedacht.

Ein besonders bewegender Moment war für alle Anwesenden, ob nun in Präsenz oder Online der Redebeitrag einer erstmalig zugeschalteten Betroffenen aus Guatemala/Atitlán-See. Frau H. bat darum, dass unbedingt die Thematik der Resilienz in die Dauerausstellung aufgenommen werden müsse und verdeutlichte dies mit einem sehr anschaulichen Erlebnis (Arrestzelle/Strand). Sie ist so dankbar,

dass es überhaupt eine Gedenkstätte Hoheneck geben wird.

Dieser emotionale Beitrag von der anderen Seite unserer „schönen“ Erde führte – unseres Erachtens – noch mal allen Beteiligten, Betroffenen und Nichtbetroffenen vor Augen, was für eine schwierige Aufgabe es ist, mit der Gedenkstätte, mit der Dauerausstellung, mit der Rekonstruktion des Zellenhauses, den so zahlreichen Frauenschicksalen von Hoheneck gerecht zu werden.

An dieser Stelle möchten wir allen betroffenen Frauen für ihre Teilnahme an der Infoveranstaltung und ihr Mitwirken danken. Neuigkeiten zur zukünftigen Gedenkstätte können Sie weiterhin im „der stacheldraht“, aber auch auf der Webseite des Frauenforums www.verfolgtedrfrauen.de erfahren.

Ja, es war eine interessante, gut vorbereitete Informationsveranstaltung und alle, insbesondere die Opferverbände, sind froh, dass es diesen konstruktiven Austausch zwischen den „Machern“ und den betroffenen Frauen nun endlich seit Beginn des vergangenen Jahres 2022 gibt und hoffen, dass dieser weitergeführt wird.

Umso mehr war es ein Wermutstropfen, am Rande zu erfahren, dass der Oberbürgermeister von Stollberg für die Gedenkstätte eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH) gründen lassen will. Diesem Vorhaben wird man wohl nichts entgegen können, weil für die Gründung eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung ausreicht.

Wenn der Aufbau dieser Gedenkstätte in der Vergangenheit reibungslos vonstattengegangen wäre, hätten wir sicherlich keine Bedenken. Aber, da dies nun gerade nicht der Fall war, hegen wir zahlreiche Bedenken bzgl. dieser Gründung. Wer wird der Gesellschafter sein? Wird es ein Gremium geben, an dem nicht nur Beteiligte der Stadt Stollberg, sondern auch Geldgeber des Landes Sachsen und des Bundes eine stimmberechtigte Funktion haben? Werden Betroffenen – so lange sie noch leben – oder Beschäftigte der Landesbeauftragten und verschiedener Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen stimmberechtigt eingebunden? Diese Fragen gilt es zeitnah zu klären und weiterhin das konstruktive Gespräch mit den Verantwortlichen der Stadt Stollberg zu suchen.

Konstanze Helber, Karin Leberwurst,
Sandra Czech

„DEMOCRACY MATTERS“

DEMOKRATIE ZÄHLT lautet der Leitspruch der PEMC (PLATFORM OF EUROPEAN MEMORY AND CONSCIENCE), die nach Coronapause von zwei Jahren zu einer internationalen Konferenz nach Prag vom 16.-18. November 2022 eingeladen hatte. Das Thema: **„Russlands hybrider Krieg gegen die demokratische Welt – eine Herausforderung für europäische Erinnerungspolitik“**.

Konferenzort war das an der Moldau gelegene wunderschöne, barocke Palais LIECHTENSTEIN in der Hauptstadt Tschechiens. Teilnehmer und Teilnehmerinnen von über zwei Dutzend Mitglieds-Organisationen waren angereist, auch aus Island, USA und Kanada. Die meisten Teilnehmer kamen aus ehemaligen kommunistischen Ländern. Die Verständigung geschah auf englisch.

Die „PLATFORM of European Memory and Conscience“ ist ein Bildungsprojekt der Europäischen Union, eine Kooperation von staatlichen und öffentlichen Institutionen sowie Organisationen aus insges. 23 Ländern in der Forschung, Dokumentation, Sensibilisierung und Aufklärung über die Verbrechen totalitärer Regime. Die UOKG ist neben vier weiteren deutschen Institutionen und Organisationen Mitglied in der PLATFORM.

Marek Mutor aus Warschau, Präsident der PLATFORM, eröffnete die Konferenz mit u.a. folgenden Worten: „[...] die letzten Jahre haben uns gezeigt, dass die Geschichte kein Ende hat [...] und mehr noch, wir wurden Zeugen der Bewaffnung der Geschichte. Das Ziel der Konferenz ist es nicht nur, russische Desinformation zu analysieren, sondern darüber nachzudenken, wie wir ihr entgegenwirken können, nicht nur für heute, sondern auch für die Zukunft Europas“.

Der **Premier Minister der Tschechischen Republik, Petr Fiala**, freute sich in seiner Rede u.a. darüber, dass die Veranstaltung unter tschechischer Ratspräsidentenschaft in einem Land stattfindet, das eigene Erfahrungen mit totalitären Regimen hat.

Nach ihm sprach der **litauische Präsident, Gitanas Nausėda**, der zuvor eine Ausstellung eröffnet hatte: „UNTER FREMDEM HIMMEL – LITAUISCHE HÄFTLINGE IN ZWANGSARBEITSLAGERN UND EXIL 1940 – 1958“. Etwa eine Viertel Million

Litauer wurden nach Sibirien in Lager und Gefängnisse deportiert durch die Sowjetmacht. Nur wenige kehrten zurück.

Der **polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki** meldete sich per Video zu Wort. Seit Jahren warnen Historiker, so erklärte er, bereits vergebens vor der Propaganda, die der Kreml verbreitet. Morawiecki sprach von „Fake-News“, und die von der westlichen Politik lange schlicht nicht wahrgenommen wurden. Zum Beispiel auch die „Fake-News“ über die sowjetische Deutung des Massakers von Katyn, das bis 1990 dem NS-Regime angelastet wurde. (1940 wurden in der Umgebung von Katyn über 22.000 Polen erschossen und verscharrt von Stalins Schergen.)

Der Termin der Konferenz wurde passend auf den Tag der SAMTENEN REVOLUTION vor 33 Jahren gelegt. Am 17. November 1989 schlug die Polizei brutal eine Studentendemo zusammen – in Prag auf dem Wenzelsplatz. Zwei Tage danach gingen 750.000 Menschen auf die Straße, der amtierende Staatspräsident Gustáv Husák trat zurück und Václav Havel wurde erster demokratischer Präsident. Seither ist dieser Tag ein nationaler Feiertag, an dem man



Grafitto von Vaclav Havel

abends durch die Straßen zum Wenzelsplatz pilgert mit Kerzen im Gedenken an das damalige Ereignis. Auch wir Konferenzteilnehmer nahmen teil an einer beeindruckenden Prozession. Gemeinsam mit der Prager Bevölkerung, die mit Kind und Kegel unterwegs war, liefen wir zum Wenzelsplatz und stellten unsere Kerzen zu dem bereits entstandenen Kerzenmeer.

Als einer der vielen internationalen Redner zum Thema mit Schwerpunkt „De-



Stéphane Courtois,
Quelle Website der PEMC

mokratie, Aufarbeitung kommunistischer Vergangenheit und Gegenwart in der Ukraine“ sprach **Stéphane Courtois**, der bekannte Autor des SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS. Er stellte u.a. sein kürzlich erschienenenes neues Werk vor: **BLACK BOOK OF VLADIMIR PUTIN, a chekist in power**. Die deutsche Version: **SCHWARZBUCH PUTIN** ist seit Januar 2023 im Handel. Ein mutiges Buch eines couragierten Kommunismus-Experten.

Ein weiterer besonderer Gast und besondere Vortragende war die weißrussische Dissidentin **Svetlana Tichanovskaja**, die die Auszeichnung der PLATFORM für 2020 erhielt. Sie lebt derzeit mit ihren beiden Kindern im Exil in Litauen, ihr Mann befindet sich in Haft in Weissrussland.

Den Preis der PLATFORM für 2021 nahm **Boris Belenkin** in Empfang für die russische Menschenrechts Organisation MEMORIAL, deren Büro in St. Petersburg im Dezember 2021 zwangsliquidiert wurde.

Einer der Redner zitierte den Satz: „Diejenigen, die ihre eigene Geschichte nicht kennen oder verfälschen, sind gezwungen, diese zu wiederholen“. Weiterhin äußerte er sich sinngemäß, dass die militärische Aggression gegen die souveräne ukrainische Nation, angeblich um gegen den lokalen „Faschismus“ vorzugehen, eine billige Rechtfertigung Putins ist. Den feigen Krieg mit dem Ziel der Zerstörung der Ukraine als „Spezialoperation“ zu bezeichnen, sei ein Zeichen totalen Realitätsverlusts und Völkermord.

Die einzige Rednerin aus Deutschland war **Dr. Nancy Aris**, die SÄCHSISCHE LANDESBEAUFTRAGTE ZUR AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR. Sie trug vor, dass die Aufarbeitung des Kommunismus in Ostdeutschland große Fortschritte aufweise seit Öffnung der Stasiakten. Gedenkstätten wurden auf ehemaligen Lager- und





Svetlana Tichanovskaja bei Übergabe des Preises, Quelle Webseite PEMC

Gefängnisgelände installiert, die „STASI-Aufarbeitung“ ist teilweise auch schon in Lehrpläne von Schulen und Universitäten aufgenommen. Für die Opfer wurden Rehabilitationsgesetze verabschiedet, und seit 2021 gibt es eine Bundesbeauftragte, die im Deutschen Bundestag die Interessen der Opfer politischer Gewalt vertritt. Dieses erscheint angesichts der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation in Europa als eine erfreulich positive Bewertung.

Fast am Ende der Konferenz stellte der aus London angereiste Künstler und Ar-

chitekt, **Tszwai So**, seine interessanten Ideen zu einem gemeinsamen Mahnmal für alle Opfer des Faschismus und des Kommunismus vor, das auf einem Platz mitten in Brüssel aufgestellt werden soll. Einen konkreten Platz dafür zugewiesen zu bekommen, scheint momentan allerdings noch „Zukunftsmusik“ zu sein.

Zuletzt wurde **Garri Kasparov**, der russische Schachspieler, seit 2014 mit kroatischer Staatsbürgerschaft, aus USA per Video zugeschaltet. Er sagte u.a.: „Ich denke, dass die Statements, die Diktatoren von sich geben, um ihre kriminellen Handlungen zu rechtfertigen, am besten durch die Metamorphose von Putins Russland bezeugt werden könnten. Es ist die Schuld unserer Generation und der Generation vor uns, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht hartnäckig darauf bestanden wurde, die Verbrechen des Kommunismus und des Faschismus gleich zu setzen.“

Das Palais Liechtenstein und die Stadt Prag erscheinen märchenhaft, als eine barocke, sehr gepflegte und lebendige Welt. Abends erschienen die prunkvollen Gebäude wie in warmes Licht getaucht. Auf den Straßen herrschte Leben und Treiben, sämtliche Kneipen und Restaurants waren mit fröhlichen Menschen besetzt. Was noch besonders auffiel, war, dass die Straßen unglaublich sauber waren, kein bisschen Müll lag herum auch nicht am Morgen nach der „Lichterprozession“ mit gefühlt hunderttausenden Teilnehmern. Keine Mauer-Schmierereien waren zu festzustellen. Das einzige Graffiti zeigt ein Portrait von Václav Havel, und das wird offenbar als Kunstobjekt bewahrt. Von Pragern lernen, heißt, seine Stadt sauber zu halten.

Marek Mutor beendete die Konferenz in dem Sinne, dass wir trotz allem noch nicht am Ende unserer Reise sind, wir müssen weiter daran arbeiten, weil **DEMOCRACY MATTERS!!**

Sybille Krägel
Vorstandsmitglied in der UOKG
Hamburg Januar 2023

Korrekturen zur Ausgabe 9/22

Foto S.13 Bildunterzeile: „Frau Roht...“ Richtig ist wie im Text zum Foto Frau Roth.

Fotos S.14: Autor ist Thomas Purschke.

Nachruf S.19 auf Hans Günter Kirchstein: HANS GÜNTER KIRSCHSTEIN * 26.10.1922 † 27.09.2022 in Bonn

Ergänzung und Empfehlung zum Beitrag „Ist die Aufarbeitung der „Mittäterschaft“ der Kirchen in der SED-Diktatur gescheitert?“: IM Erika – eine Spurensuche. Wer im Internet nach Angela Merkel recherchiert, braucht nicht lange suchen, bis er auf IM „Erika“ stößt. Viele Nutzer sind der Überzeugung, dass die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland unter diesem Decknamen in der DDR für den Staatssicherheitsdienst gearbeitet hat. Was ist dran an diesem Vorwurf? Ein Recherchebericht. Von Hubertus Knabe, 09. August 2019, <https://hubertus-knabe.de/auf-den-spuren-von-im-erika/>

Zum Nachruf auf Werner Schulz: „Leider ist in dieser Ausgabe Nr. 9/2022 die schon oft wiederholte Falschbehauptung aufgenommen und – wohl als Pressemitteilung oder aktuelle Meldung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur – abgedruckt, 1989 wäre Werner Schulz (damals wohl als staatlicher Leiter einer staatlichen Einrichtung in Berlin, nämlich Leiter des Bereiches Umwelthygiene in der Kreishygieneinspektion Berlin-Lichtenberg tätig) Gründungsmitglied des Neuen Forums gewesen (Zitat: '1989 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern des Neuen Forums, das er am Runden Tisch vertrat. Bei den ersten freien Wahlen in der DDR 1990 wurde Schulz in die Volkskammer gewählt'). Nein, Werner Schulz gehörte nicht zu den Gründungsmitgliedern des Neuen Forums, wie jederzeit auf dem massenhaft verbreiteten Gründungsauftrag des Neuen Forums leicht überprüfbar ist. Da stehen die 30 Namen der Gründungsmitglieder des Neuen Forums, aber nicht der Name von Werner Schulz. <https://www.havemann-gesellschaft.de/archiv-der-ddr-opposition/buergerbewegung-ab-1989/neues-forum/>

Auch wenn dpa (!) leider eine Falschmeldung verbreitete, die möglicherweise auf Werner Schulz selbst zurückgeht (er hat oft damit kokettiert und sich als Gründungsmitglied des Neuen Forums bezeichnen lassen), und ZDF und SPIEGEL bedauerlicherweise diese Behauptung ohne Prüfung weitermelden, wird es nicht richtiger. Am 10. November 2022 sagte selbst Bundestagspräsidentin Bärbel Bas vor Eintritt in die Tagesordnung zum Tode des ehemaligen MdB und MdEP Werner Schulz, er wäre '1989 ... Mitbegründer des Neuen Forums' gewesen. Richtig ist: Werner Schulz gehörte 1989 nicht zu den Gründungsmitgliedern des Neuen Forums. Zu dieser Zeit war er wohl noch staatlicher Leiter einer staatlichen Einrichtung in der 'DDR'.

Das Neue Forum wurde am Runden Tisch meist von Ingrid Köppe und Reinhard Schult vertreten, wohl nur ein halbes Dutzend mal (auch) durch Werner Schulz. Werner Schulz wurde 1990 nicht in die Volkskammer gewählt, sondern zog als Nachrücker ein. Werner Schulz war auch nicht Mitglied der Volkskammer vom 18. März bis 02. Oktober 1990, wie der Internet-Dienst des Deutschen Bundestages behauptet. <http://webarchiv.bundestag.de/archive/2007/0206/mdb/mdb15/bio/S/schulwe0.html>

Zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 wurde Martin Böttger (Gründungsmitglied des Neuen Forums) als Mitglied der Volkskammer gewählt, aber Werner Schulz nahm dessen Platz in der Volkskammer im April 1990 als Nachrücker ein. Die einzige frei gewählte Volkskammer der DDR konstituierte sich erst am 5. April 1990, als sie zum ersten Mal zusammentrat.“

Rainer Müller, Roßmarktstraße 30, 04177 Leipzig-Lindenau, <http://rainer.mueller.neues-forum-leipzig.de>

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für die Hinweise.

Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland

Die Diskussion für die Umsetzung eines Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland geht in die entscheidende Phase. In diesem Entwicklungsabschnitt geht es vor allem um den zukünftigen Standort. Die UOGK schlägt deshalb den politisch Verantwortlichen für die Ausführung der Umsetzung des Denkmals folgende favorisierte Standorte vor: Scheidemannstraße/Heinrich-von-Gagern-Straße, Am Spreebogenpark sowie am Paul-Löbe-Haus/Kanzleramt (Konrad-Adenauer-Straße). Auswahlkriterien für die Standort sind, das zukünftige Denkmal sollte im politischen Zentrum Berlins liegen, z.B. im Bereich des Spreebogens. Die inhaltliche Eigenständigkeit sollte gewahrt sein und das Denkmal soll eine deutliche Sichtbarkeit in der Umgebung haben.



Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland

Mitmach-Ausstellung zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 geplant

Am 17. Juni 2023 jährt sich der Volksaufstand in der DDR zum 70. Mal. Anlässlich dieses für die deutsche Demokratie- und Freiheitsgeschichte bedeutenden Datums startet die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern ein Themenjahr rund um Protest, Verweigerung und Opposition in der DDR. Die Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit in Rostock (DuG) plant dafür eine Sonderausstellung, die zum Mitmachen einlädt.

„Wir wissen heute: Die SED, das Ministerium für Staatssicherheit und andere staatliche Institutionen konnten ihren Anspruch von der vollständigen Kontrolle einer Gesellschaft nie ganz umsetzen. Protest und Verweigerung gab es zu jedem Zeitpunkt der 40-jährigen DDR-Geschichte, auch wenn Menschen dafür teilweise einen hohen Preis zahlen mussten“, so die Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, Bettina Martin, bei einem Pressetermin am 14.11.2022 in Rostock. Mit der Ausstellung zum Protest und Widerstand an der Ostseeküste der DDR möchte die Landeszentrale für politische

Bildung Mecklenburg-Vorpommern einen Beitrag dafür leisten, dass die kreativen und mutigen Wege des Protestes nicht vergessen werden.

Jochen Schmidt, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, erläuterte das Vorhaben: „Herzstück unseres Gedenkjahrs an den 17. Juni 1953 soll

eine Ausstellung sein, die Zeichen von Protest, Verweigerung, Widerstand und Opposition an der Ostseeküste der DDR von 1949 bis 1989 zeigt. Das Besondere wird sein, dass wir die persönlichen Erinnerungstücke von Menschen aus dem ehemaligen Bezirk Rostock öffentlich zeigen: Briefe und Eingaben, Fotos, Plakate oder Kunstobjekte, Ton- und Vi-



Foto: Dokumentation- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit in Rostock (DuG)


Pressetermin am 14.11.2022: (v.l.) Jochen Schmidt (Leiter LpB M-V), Ministerin Dr. Bettina Martin, Zeitzeuge Dr. Michael Kreuzberg, Dr. Steffi Brüning (Leiterin DuG Rostock)



deoaufnahmen, Buttons, Aufnäher und Kleidungsstücke, Gedichte und Musik. Objekte, mit denen Menschen ihren Protest gezeigt haben, werden zu Ausstellungsstücken.“

Die Sammlung der persönlichen Erinnerungsstücke begann im Oktober 2022 und läuft bis zum 01. März 2023. Menschen können ihre Erinnerungsstücke in die Dokumentations- und Gedenkstätte Rostock bringen und erhalten bei Abgabe einen Leihvertrag. Zum jeweiligen

Stück wird zudem eine Karte ausgefüllt, in der Herkunft und Kontext des Objektes erklärt werden. Diese Karten bilden die Grundlage für Objektbeschreibungen zur entstehenden Ausstellung. Nach der Abgabefrist werden die Stücke durch ein Fachgremium begutachtet und aufbereitet. Daraus bildet sich schließlich die Ausstellung, die ab Juni in der Gedenkstätte in Rostock zu sehen ist. Die privaten Ausstellungsstücke sollen dabei gänzlich im Mittelpunkt stehen.

Interessierte Bürger, die sich an der Ausstellung beteiligen möchten, können sich noch bis zum 01. März 2023 an die DuG Rostock wenden: Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG), Grüner Weg 5, 18055 Rostock Ansprechpartnerin: Dr. Steffi Brüning E-Mail: S.Bruening@lpb.mv-regierung.de Telefon: 0157 - 30285136 Weitere Informationen gibt es auch unter: <https://politik-mv.de/2022/11/18/mutige-proteste-in-der-ddr-ausstellung-zum-mitmachen/> 

Klausurtagung der UOKG im Menschenrechtszentrum Cottbus

Das Team der UOKG kam am 16. und am 17. November 2022 im Menschenrechtszentrum Cottbus zur alljährlichen Klausurtagung zusammen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tauschten sich über ihre Erfahrungen des vergangenen Jahres aus und werteten die aktuellen

Aktivitäten des Dachverbandes aus. Einen Schwerpunkt der Tagung stellten die Planungen für das Jahr 2023 dar. Die UOKG plant in Zusammenarbeit mit dem Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V. im Herbst einen „Bundeskongress poli-

tisch verfolgter Frauen in der SBZ/DDR“ in Halle. Außerdem wird an einer Veranstaltung zum Thema „Jugendhäuser in der DDR“ gearbeitet. Schließlich soll es rund um die Feierlichkeiten zum Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni einige Veranstaltungen für die Öffentlichkeit geben sowie das halbjährlich stattfindende Verbändetreffen.



Das Team der UOKG mit der Leiterin des Menschenrechtszentrums Cottbus, Heide Schinowsky (5. v.l.).

Zum Abschluss der Klausurtagung führte der UOKG-Bundesvorsitzende Dieter Dombrowski die Gruppe persönlich durch das Gebäude und nahm Bezug auf seine eigene Haftzeit in Cottbus. Die Führung beinhaltete das ehemalige Zuchthaus, die Dauerausstellung des Menschenrechtszentrums sowie die im Außenbereich stationierte „BlackBox Heimerziehung“ der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau.

Alesch Mühlbauer

Liebe Angehörige und Freunde der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion,

am 15. Januar 2023 verstarb Anita Wille in Alter von 91 Jahren in Mulsum (Niedersachsen). Frau Wille war eine regelmäßige und gern gesehene Teilnehmerin der jährlich stattfindenden Tagungen der Lagergemeinschaft Workuta. Diese Treffen waren ihr wichtig, und häufig begleitete sie ihr jüngerer Bruder, um sie zu den Orten der Treffen hinzufahren.

Den Nachruf von Frau Edda Ahrberg können Sie unter AKTUELLES auf unserer Homepage workuta.de mit Eintrag vom 22.01.23 nachlesen: <https://www.workuta.de/aktuelles/index.html>

Die Beerdigung fand am Donnerstag, den 26. Januar 2023, in Kutenholz statt.

In stiller Anteilnahme
Stefan Krikowski



Nachruf auf Eberhard Hoffmann

Mit großer Trauer hat die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft die Nachricht erhalten, dass der Begründer der Initiative Lager Mühlberg Eberhard Hoffmann am 07. Januar 2023 verstorben ist.

Eberhard Hoffmann wurde am 19. Januar 1928 in Burgstädt bei Chemnitz geboren. Noch in den letzten Kriegstagen musste er sich als 17-Jähriger der Wehrmacht anschließen, doch seine Einheit ergab sich rasch den US-Truppen. Aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft kehrte er im Juni 1945 in die nunmehr sowjetische Besatzungszone zurück. Doch im Oktober 1945 wurde er plötzlich in der Nacht verhaftet. Er stand im Verdacht, der nationalsozialistischen Werwolf-Organisation anzugehören. Mit Tausenden anderen wurde er in das Sowjetische Speziallager Mühlberg gebracht. In einem Zeitzeugeninterview der LAKD beschrieb er seine Verhaftung und die anschließenden Verhöre: „Ich wusste zuerst noch nicht, dass

es – einmal verhaftet – kein Entkommen mehr gab. Es gab keine Möglichkeit der Entlastung. Die haben uns ja so lange geprügelt, bis man das Protokoll unterschrieben hat.“ Nach zwei Wochen brutaler Verhöre unterschrieb Eberhard Hoffmann das Protokoll, dessen Inhalt er nicht lesen konnte und wird ohne Prozess ins Speziallager Mühlberg verbracht. Nach der Auflösung des Lagers 1948 kommt er in das Speziallager Buchenwald und wird 1950 entlassen.

Eberhard Hoffmann entschied sich in der DDR zu bleiben und hielt dort engen Kontakt zu seinen ehemaligen Haftkameraden. 1991 gründet er mit Leidensgenossen die Initiative Lager Mühlberg und engagiert sich über viele Jahre lang in deren Vorstand. Die Errichtung der Gedenkstätte Lager Mühlberg für die Opfer des deutschen Kriegsgefangenenlagers Stalag IV B und des sowjetischen NKWD-Speziallagers Nr.1 geht wesentlich auf seine Initiative zurück. Für seinen unermüdlichen Einsatz



Foto: LASD

Eberhard Hoffmann

für die Aufarbeitung der Geschichte des Lagerstandortes erhielt er 2006 das Bundesverdienstkreuz. Das Andenken an Eberhard Hoffmann wird weiterleben durch sein Engagement für die Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen und kommunistischen Diktatur.

Union der Opferverbände
Kommunistischer Gewaltherrschaft
UOKG e.V.

Nachruf auf Jakob Bittermann

geb. 10.02.1929 in Jarek, gest. 27.12.2022 in Gärtringen

150 Jahre lang lebten seine deutschen Vorfahren in der serbischen Batschka, bis die Eltern in den 1930er Jahren vorsorglich nach Mecklenburg wechselten.

Jakob war als 16jähriger Maurerlehrling eines der unschuldigen jugendlichen Opfer der Malchower „Werwolf“-Tragödie. Ihn traf kommunistischer Terror besonders hart:

53 Monate litt er in Waren/Müritz, Güstrow, Alt-Strelitz und Sachsenhausen unter dem NKWD, danach weitere 47 Monate in Luckau unter dem SED-Regime.

Erst im Januar 1954 krank entlassen, ließ sich Jakob direkt in die Bundesrepublik Deutschland überführen, war in Friedland zunächst zu 100% arbeitsunfähig und konnte in Bad Pyrmont und Freudenstadt von seinen Haftschäden etwas gesunden, ehe er im Raum Böblingen eine leichte Tätigkeit aufnahm.

Ab 1957 arbeitete Jakob bis zu seiner Berentung in der Pkw-Produktion der Daimler-Benz AG in Stuttgart-Sindelfingen, zuletzt als Führungskraft.

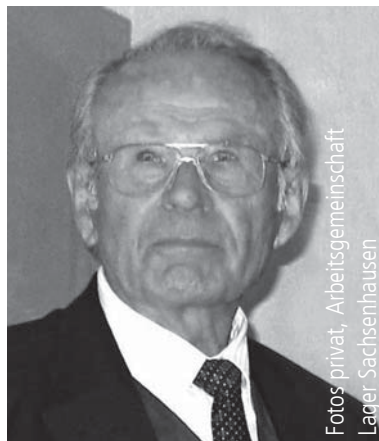
Die russische Rehabilitationsurkunde (Nr. 4598) stammt vom 10.02.1994 (seinem 65. Geburtstag).

Dem Malchower Freundeskreis der nach 1945 unschuldig Inhaftierten gehörte der Kamerad Jakob nach seiner Gründung im Jahre 1994 an. Ab 2009 auch Mitglied unseres Opferverbandes, scheuten er und seine liebe Gattin Else nicht die jährlichen rund 1400 bis 1600 km Autofahrten zu den Gedenkveranstaltungen.

Jakob Bittermanns Lebensqualität litt nach seiner Beinamputation im Herbst 2019 sehr. Zunehmend schwand auch die Körperkraft. Sein Sturz am Heiligen Abend endete leider tödlich.

Wir trauern um ihn als einen rührigen, kameradschaftlichen Menschen aus unserer Mitte und behalten ihn in sehr guter Erinnerung.

Reinhard Klaus
(Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.)

Jacob Bittermann 1945
vor seiner VerhaftungFotos privat, Arbeitsgemeinschaft
Lager SachsenhausenJacob Bittermann 2014
mit schmerzlichen Erinnerungen im
früheren Luckauer Haftgebäude

Getrübte Erinnerungen

Der ehemalige (bis 2015) Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig Rainer Eckert legt, nachdem er 2021 den ersten Teil seiner Autobiographie „Leben im Osten“ veröffentlicht hat, nun ein Werk vor, das schon im Titel aufhorchen lässt: „Getrübte Erinnerungen“. Der Titel ist schillernd, der Untertitel lässt einen gewichtigen Beitrag erwarten: Die SED-Diktatur in der gegenwärtigen Geschichtspolitik der Bundesrepublik. Wie die Berliner Zeitung am 08. Oktober öffentlich machte und inzwischen auch in Wikipedia vermerkt

.....
 Ilko-Sascha Kowalczyk, „Getrübte Erinnerungen? Über ein Buch, das nicht erschienen ist“, in: Deutschland Archiv, 05.10.2022, Link: www.bpb.de/513987

ist, sind die Veröffentlichung im Mitteldeutschen Verlag kurz vor Erscheinen gestoppt und die Fördermittel der

Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur nicht ausgezahlt worden, weil es wohl auch juristischen Widerspruch gibt. Genannt sind in diesem Zusammenhang Ines Geipel und Hubertus Knabe. Schwerwiegender scheinen aber die Einwände von Uwe Schwabe zu sein, aus dessen Emails an Eckert zitiert wurde.

Ilko-Sascha Kowalczyk hatte schon am 05. Oktober im „Deutschland Archiv“ der Bundeszentrale für politische Bildung eindringlich (aber vielleicht zu spät) dafür plädiert, den Streit um eine Veröffentlichung lieber zwischen Verlag, Autor und Betroffenen zu führen, statt ihn den Juristen zu überlassen. Wer sich einen Überblick über das 645 Seiten (mit über 1350 Anmerkun-

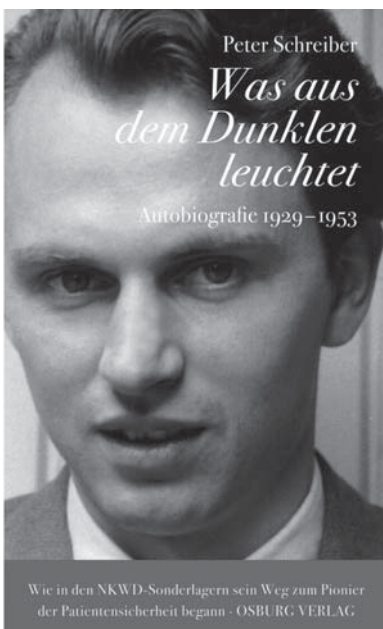
gen versehenen) umfassende Werk von Eckert verschaffen möchte, sei auch hier auf die Darstellung von Kowalczyk verwiesen, der im übrigen in seiner kritischen Würdigung noch angenehm zurückhaltend ist – jedenfalls was Eckert betrifft.

Sachlich angemessen zu urteilen, fällt allerdings auch mir angesichts des inzwischen tatsächlich peinlich sektenhaften Zustandes der Aufarbeitungsszene schwer. Zum einen, weil ich viele Debatten nur nebenbei und von außen verfolgt habe. Unter diesem Vorbehalt teile ich nicht die Urteile Eckerts zu Ines Geipel, Hubertus Knabe, Arnold Vaatz, Hildigund Neubert, Manfred Wilke und Siegfried Reiprich und ihren Rollen in den jeweiligen Konflikten – weil ich ihnen in anderen Zusammenhängen anders begegnet bin. Aber nicht nur deswegen kann ich manchen Darstellungen Eckerts nicht folgen. Wenn ein Gericht darüber geurteilt hat, ob jemand Weltklassesprinterin genannt werden kann oder nicht und das negative Urteil dann wohlwollend zitiert wird, um eine Person, die in der Aufarbeitung aktiv ist, zu diskreditieren, ist das nicht zu billigen. Ebenso, dass einige westdeutsche Aufarbeiter früher einmal „links“ waren, disqualifiziert sie nicht. Wenn dem so wäre, müsste ja auch die Robert-Havemann-Gesellschaft ihrem Namen abschwören. Und die auch bei Eckert auch in diesem Werk durchscheinende Hoffnung, Diktaturen mit einem egal ob national (in den Farben der DDR oder Ostdeutschlands) oder demokratisch genannten Sozialismus überwinden zu können, hat nicht nur zur

Marginalisierung der Bürgerbewegung der DDR nach 1989 geführt, sondern verklärt auch den Blick auf die Wirkungen geschichtlichen Handelns in der Vergangenheit auf gegenwärtige Zustände.

Eckert macht es dem Lesenden nicht nur mit seinen häufigen Bewertungen von einzelnen Personen und Meinungen oft schwer (die schon in seinem Aufsatz „Schwierige Gemengelage“ von 2021 auffallen), eine stringente Botschaft zu erkennen. Dennoch leistet seine autobiographisch gefärbte Chronik der geschichtspolitischen Debatten seit 2015 insgesamt einen wertvollen Beitrag, zu dieser Debatte um das Erbe von 1989 und dessen Aneignung. Darüber hinaus ist es ein Beitrag, zu der Frage, die sich schon der Kirchenvater Augustinus stellen musste und die gerade angesichts von Rechtspopulismus, russischem Faschismus und auch digitaler Alltagsblindheit virulent ist: Wie überwinde ich das manichäische Freund-Feind-Denken in mir und anderen, damit die Gesellschaft demokratiegestärkt, anstatt diktaturanfällig wird? Wenn es wirklich juristisch Relevantes zu ändern gibt, ließe sich das Manuskript doch wohl überarbeiten. Wäre der Rest nicht immer noch interessant genug, das Buch bei der Bundeszentrale für politische Bildung erscheinen zu lassen? Thomas Krüger, übernehmen Sie! Damit nicht am Ende die unglückliche Widmung Eckerts unfreiwillig noch zur selbsteinlösenden Prophezeiung wird, die an Bitterkeit kaum zu überbieten ist: „Den wenigen Ostdeutschen, die in Deutschland zu hören sind“.

Joachim Goertz, im Oktober 2022



Was aus dem Dunklen leuchtet

Autobiographie von Peter Schreiber/aufgeschrieben von Gerd Püschel

1945: die Kellertür knallt zu hinter dem 15-jährigen Peter Schreiber. Der hockt nun auf einem Kohlenhaufen in einem sogenannten GPU-Keller (Der sowjetische Geheimdienst änderte oft seine Bezeichnung, 1922-1923 nannte er sich Gossudarstwennoije Politicheskoye Uprawlenije – GPU-Keller wurden in der SBZ die provisorischen Kerker der Besatzer bezeichnet, sowjetische Untersuchungshaft).

Im Frühsommer wurde er während der Feldarbeit zwecks „Klärung eines Sachverhalts“ aufgefordert mitzukommen und hat keine Ahnung, warum er jetzt in diesem Kohlenkeller gelandet war. Erst über viereinhalb Jahre später kommt er wieder frei. Vor ein ordentliches Gericht kam er nie. Seine Beschuldigung stand wohl in dem Verhörprotokoll, das er unterschreiben musste – lesen konnte er es nicht, weil kyrillisch.

.....
 Peter Schreiber: Was und dem Dunklen leuchtet, Autobiografie 1929-1953, Osburg Verlag, ISBN 978-3-95510-280-7

Er wuchs in der Nähe von Dresden auf. Seine Kindheit und Jugend war nicht einfach, weil der Vater spielsüchtig war, und schließlich im Gefängnis landete. Wie viele Jugendliche wurde Schreiber kurz vor Kriegsende noch zu einem „Werwolf-

Lehrgang“ verpflichtet. Nach der Kapitulation teilten die vier Siegermächte das Land unter sich auf. In der SBZ (Sowjetische Besatzungszone) wurde willkürlich verhaftet oft mit Hilfe von deutschen Denunzianten. „Werwolf“ war in den Augen der Sowjets eine gefährliche Truppe, die eliminiert werden musste. Denunzianten denunzierten meist, um den eigenen Hals zu retten. Manches Mal traf der Denunzierte den Denunzianten im Lager wieder. Zitat: „Das sowjetische System braucht den Verrat, aber es verachtet den Verräter!“ (RUSSISCHE SKIZZEN von Renate Sternberg).

Nach kurzem Aufenthalt im Zuchthaus **BAUTZEN** ging es im Juli 1945 nach **TOST** in Oberschlesien. Hier wurden über 4.500 Männer, Frauen und Jugendliche in einem Krankenhaus zusammengepfercht bei wenig Wasser und Brot aber übelster Zwangsarbeit, unter ständiger Angst vor brutalen Wachmannschaften und sogar vor eigenen Kameraden. Leiden verursacht durch Prügel, Schmutz und Unterernährung grassierten, die drei Häftlingsärzte halfen so gut sie konnten ohne Medikamente und ohne Instrumente. Zwei Drittel der Häftlinge waren nach sieben Monaten in dieser Hölle tot. Schreiber gehörte zu der Gruppe Überlebender, die Ende 1945 ins nächste Lager nach **RAUDENZ**/Westpreußen deportiert wurde, wo es bereits etwas humaner zugeht. Schon Anfang 1946 ging es wieder weiter nach **FÜNFEICHEN** bei Neubrandenburg. Hier gab es dank eines sowjetischen Lagerleiters Arbeit, mehr Verpflegung, sogar etwas Kultur – also Strukturen, die Schreiber sehr zu schätzen

wusste. Möglicherweise wurde hier seine berufliche Zukunft angelegt, er konnte handwerklich etwas lernen in verschiedenen Lager-Werkstätten. Vor allem lernte er, mit vorhandenen primitiven Mitteln zu improvisieren. 1948 wurde dieses Lager aufgelöst, Schreiber wurde mit 3.000 Häftlingen nach **BUCHENWALD** transportiert, wo er bei Auflösung dieses Lagers im Winter 1950 entlassen wurde. Die Familie hat in der ganzen Zeit nicht gewusst, wo der Sohn abgeblieben war.

Wieder zu Hause begann er eine Lehre als Werkzeugmacher. Nach erfolgreichem Abschluss bekam er einen Studienplatz an der Fachschule für Maschinenbau in Dresden. Als sich jedoch die Stasi für ihn interessierte und ihn sogar kurz inhaftierte, floh er im Herbst 1953 mit Familie aus der DDR. Er machte Karriere u.a. beim Drägerwerk in Lübeck, ging später in die USA und wurde Weltmarktführer für Narkosegeräte (Klappentext).

Für mich war das Buch besonders spannend, da ich seit über 30 Jahren das NKWD-Lager **TOST** aufarbeite und dazu akribisch Daten – über 4.500 – sowie Berichte von Häftlingen sammle. Im Buch fand ich einige mir bereits bekannte Namen wieder. Ich konnte feststellen, dass sich zuvor gelesene Berichte mit denen von Schreiber decken. Keiner hat hasserfüllt berichtet, und es hat auch keiner übertrieben. **TOST** war tatsächlich von allen Lagern **DIE HÖLLE!** Interessanterweise berichtet er auch über eine Frau, die ich 1993 in Hamburg kennenlernte. Die Häftlinge nannten sie „Die Gräfin“, die zwar mit „gräflicher

Contenance“ aber mit viel Empathie ihren Leidensgefährten half, so gut sie konnte. Als gebürtige Baltin sprach sie perfekt russisch, hatte darum einige Privilegien und arbeitete als Krankenschwester. Im Januar 1945 wurde sie in Prag zusammen mit Soldaten der **WLASOV-ARMEE** verhaftet und 1950 aus **BUCHENWALD** entlassen. Sie hieß Renate Sternberg. Schreiber hat nun 72 Jahre nach der Entlassung in 1950 aus seinen Aufzeichnungen zusammen mit Gerd Püschel ein Buch über seine Haftzeit in fünf sowjetischen Lagern in der SBZ/DDR geschrieben. Das sollte man gelesen haben – um diese Zeit zu begreifen.

Sybille Krägel

I.G. NKWD-Lager Tost/Oberschlesien

Januar 2023

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail: kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz
(Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo, Do, Fr, 10–14 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail: kurz@uokg.de

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych.
Mo, Mi, Fr 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail: kuhn@uokg.de

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
Mo, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39
E-Mail: germer@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Bekanntmachung: BSV-Förderverein aufgelöst

Laut Beschluss der Mitgliederversammlung wird der BSV-Förderverein zum 31.03.2023 aufgelöst. Zu diesem Zeitpunkt endet auch das Beratungsprojekt. **ABO's und Spenden für den Stacheldraht bitte auf das Konto der UOKG überweisen.**

IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00,
BIC: DEUTDE33HAN

Verwendungszweck ABO oder Stacheldrahtspende unbedingt angeben!!! Bitte nicht vergessen, die bisherigen Daueraufträge zu stornieren bzw. zu ändern.

Allen Mitstreitern für die Zukunft nur das Beste und viel Gesundheit.

Der Vorstand des BSV Fördervereins

Suchpool-Zwangsadoption geht in den Ruhestand

Liebe Freunde, Suchende und Unterstützer,

nach mehr als 20 Jahren intensiver Suche nach Vermissten, Adoptierten und anderen Angehörigen, geht der Suchpool jetzt in den Ruhestand. Ich Kathi, bin aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage den Suchpool weiterzuführen. Unsere anderen ehrenamtlichen Mitarbeiter haben stressige Berufe und/oder sind beruflich und privat so eingebunden, dass die Zeit fehlt, um den Suchpool weiter so intensiv zu betreuen wie bisher. Wir haben in all den Jahren ohne staatliche Förderungen, nur mit kleinen und seltenen Spenden gearbeitet. Haben alles

aus eigener Tasche finanziert und viele hundert Stunden Arbeit in den Aufbau und die Aktualität gesteckt. Aus diesem Grund werden wir die Domains Suchpool und Lexilog auf diversen Plattformen zum Verkauf stellen. Sollte Jemand von Ihnen Interesse an einer Übernahme haben, bitten wir um Kontaktaufnahme per Email: herkunftseltern@gmail.com

Kathrin Albrecht-Gericke und Team
Verein zur Aufklärung des DDR Unrecht & ungeklärtem Säuglingstod e.V.

Telefon: 015756439831

Email: herkunftseltern@gmail.com

Internet: <https://www.ddr-unrecht-zwangsadoptin-saeuglingstod.com/>

Der BSV gratuliert seinen Mitgliedern, die im Januar und Februar Geburtstag haben

Dr. Egon Weber am 05. Januar, Edith Protze am 12. Januar, Jörg Strauß am 17. Januar, Norbert Lipski, Eugen Mühlfeit, Hartmut Richter am 29. Januar, Hubert Polus am 2. Februar, Emil Hanisch am 12. Februar, Hans Schulze am 13. Februar, Norbert Kusenack am 22. Februar.

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben

Michael Striss, Konrad Ziller, Bernd Rottluff, Bernd Hartwig, Peter-Edmund und Robert-Horst Müller, Horst und Sieglinde Opitz, Stefan Gemeinhardt, Marianne Freudenreich, Axel Kurtz, Wolfgang Lehmann, Michael Wühle, Ulrike Schultz, Gerd Ahnert, Dr. Wolf Peter Erler, Alexander Grow, Rainer und Sigrid Schmiedel, Angelika Ducke, Manfred Spuhn, Hans-Jürgen und Traute Hüssler, Margarita Eikenberg, Alexander Exner, Dieter Geförer, Harald Steinke, John und Susanne Gerstner, Volker und Helga Hanke, Ursula und Jörg Heinrich, Peter Menzel, Hans-Georg Wolf, Erik Hofmann, Fred und Marianne Noak, Christine Tecza, Hannelore Enigk, Klaus-Dieter Kost, Kathrin Arnold, Dieter Obert, Anneliese Schubert, Konrad Ziller

UOKG-Spendenkonto:

Konto-Nr. 7342728

Bank: Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC: DEUTDE33

Verwendungszweck: ABO oder Stacheldrahtspende unbedingt angeben!!!

Bezug von Einzelexemplaren und Abonnement über die Redaktion.

Das Zitat

„Von der Revolution und den Jahren vor der Revolution wissen wir bereits so gut wie nichts mehr.“

[...] Die Historie hat aufgehört zu existieren. Es gibt nur eine endlose Gegenwart, in der die Partei immer recht hat.“

Quelle: George Orwell, 1984.

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (0 30) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
Neue E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Konto-Nr. 7342728

Bank: Deutsche Bank, BLZ 100 700 24; IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00; BIC: DEUTDE33

Verwendungszweck ABO oder Stacheldrahtspende unbedingt angeben!!!

Bezug von Einzelexemplaren und Abonnement über die Redaktion.



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 1/23: 20. Januar 2023

Redaktionsschluss Ausgabe 2/23: 03. März 2023

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

